Klassenkampf

Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands für Halle-Merseburg

Erscheint jeden Werktag nachmittags. Bezugspreis frei Haus monatlich 6,50 Mk. Durch die Post monatl. 8,50 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Verlag u. Geschäftsstelle: Leipzigerstr. 14 Fernruf 1047. Geöffnet 7—5 Uhr. Schriftleitung: Fernruf 1045. Sprechzeit 12—1 Uhr

Der Anzeigenpreis beträgt 70 Pf. für den Millimeter Höhe und Spalte; 300 Pf. für Reklame, anschließend an den dreigespaltenen Textsatzteil. Anzeigen bis vormittags 9 Uhr erbeten, größere tage vorher. — Postscheckkonto: Leipzig 1068 48. Fritz Kroh, Halle

Einzelpreis 50 Pf. | **Dienstag, den 6. Dezember 1921** | **1. Jahrgang. Nr. 285**

Neue Hungerkrawalle in Berlin

Berlin, 6. Dezember. (Eigene Drahtmeldung). In Berlin ist es am Montagabend zu neuen schweren Teuerungsunruhen gekommen. In Neukölln wurden Lebensmittelgeschäfte ausgeräumt, am Alexanderplatz, in der Linienstraße und Prenzlauer Allee wurden Lebensmittel- und Kleiderläden geplündert. Für heute hat die Polizei erhöhte Alarmbereitschaft angeordnet. Radfahrer- und Autopatrouillen durchstreifen die Stadt.

WTB. meldet:

Berlin, 6. Dezember. Hunderte von Arbeitslosen plünderten im Norden Berlins und in Neukölln mehrere Geschäfte für Lebensmittel und Kleider. 110 Plünderer wurden verhaftet.

Wegen der neuen Plünderungen in Berlin ist vom Polizeipräsidenten ein erhöhter Polizeibereitschaftsdienst angeordnet worden. Die Wachen wurden verstärkt.

*

Teuerung, Hunger und Elend verschärfen sich mit jedem Tag und treiben die Hungernden zur Verzweiflung. Der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin schickt seine bis an die Zähne bewaffneten Sipo-Patrouillen durch die Straßen. Als ob die Sipoleute, denen selber der Hunger im Magen knurrt, den Hunger der verelendeten Kriegskrüppel, Arbeitslosen, Rentenempfänger, der abgehärmten Frauen und Kinder stillen könnten. Die Regierung hat sich in die Hand der Kapitalsgewaltigen begeben und wartet tatenlos, was diese in Verhandlungen mit den ausländischen Großkapitalisten zustande bringen wird. Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen aber haben mehr als drei Wochen schon zum Kampf für die Erfassung der Goldwerte und zur Beseitigung der Teuerungsursachen aufgefordert. Sie betonen jetzt wieder, daß nicht in Teilkämpfen, sondern nur durch große einheitliche Aktionen das Ziel erreicht werden kann.

Aber was hat bis jetzt der ADGB. getan, um die Teilkämpfe zusammenzufassen?

Nichts, aber auch gar nichts! Ein geheimes Rundschreiben gibt er jetzt heraus an die gewerkschaftlichen Organisationskörper, in dem er Anweisung gibt, wie die „wilden Streiks" der vom Elend zur Verzweiflung getriebenen Arbeiter abgewürgt werden können!

Wir verurteilen Verzweiflungsexesse, wie sie in Wien und Berlin vorgekommen sind. Der Weg, den die im Hunger Verzweifelnden einschlagen, ist falsch. Die KPD. fordert nun schon seit einem Jahre die Zusammenfassung der Kräfte des Proletariats zu einer großen einheitlichen Aktion zur Beseitigung der schlimmsten Ursachen der Teuerung, der Not und des Elends. Es wird Zeit, daß alle Arbeiter den Ernst der Stunde erkennen. Der ADGB. darf nicht länger Forderungen aufstellen, die vielleicht gut sind, das hungernde Proletariat zu foppen und zu narren, an deren Durchführung er aber im Ernst nicht denkt. Ein Sturm muß in den Betrieben, in den Gewerkschaften erwachen, der die Spitzenorganisationen zwingt, zum mindesten den Kampf um die eigenen Forderungen aufzunehmen.

Die Schraube ohne Ende

Ein Beitrag zur Beamtenbesoldung

Der Deutsche Beamtenbund, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Gewerkschaftsring sind übereingekommen, gemeinsam Forderungen auf Erhöhung der Beamtengehälter zu stellen. Bei einer vollen Bewilligung erfordern diese neuen Forderungen 50 bis 60 Millionen Mark

*

Die gegenwärtig im Reichsverkehrsministerium stattfindenden Erwägungen über die neue Erhöhung der Personen- und Gütertarife sind notwendig, um infolge der letzten Gehaltsaufbesserungen den Etat wieder zu balancieren. Die oben angedeutete, unmittelbar bevorstehende Aktion der Beamten und Arbeiter dürfte jedoch die bevorstehenden Erhöhungen abermals über den Haufen werfen und ein neues Anziehen der Tarifschraube nötig machen.

So steht eine Beamtenbesoldung aus! Heute eine kleine Lohnerhöhung, morgen eine Verteuerung sämtlicher Preise. Die erste Maßnahme wird durch die zweite über den Haufen geworfen. Wie lange soll die Schraube ohne Ende noch getrieben werden?

Nur bei den Arbeitern und Angestellten selbst kann die Entscheidung liegen. Werden sie sich zusammenschließen, werden sie einheitlich und geschlossen den Kampf zu führen wissen, dann ist ihnen eine Erlösung aus ihrem wirtschaftlichen Elend gewiß. **Anpassung der Löhne an die Vorkriegszeit, dafür müssen sie kämpfen!**

Lohnforderungen der Beamten, städtischen Angestellten und Arbeiter

Der „Vorwärts" veröffentlicht die Denkschrift über die neuen Lohnforderungen der Beamten, städtischen Angestellten und Arbeiter, die die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen der Reichsregierung überreicht haben. Die Denkschrift fordert eine Aenderung der Grundgehälter, und zwar derart, daß die Abstände zwischen den einzelnen Besoldungsgruppen durch Annäherung der Grundgehälter der unteren und mittleren Besoldungsgruppen an die oberen verringert werden. Weiter sind eine Aenderung in der Höhe des Teuerungszuschlages und eine Verschiebung der Ortszuschlagsgrenzen gefordert. Weiter verlangt die Denkschrift eine Besserstellung der Pensionäre und Hinterbliebenen. Die für die Beamten aufgestellten Forderungen sollen auch für die übrigen Angestellten Geltung finden. Für die Arbeiter wird eine Erhöhung der Grundlöhne um 4,30 Mk. je Stunde in allen Lohngruppen und Ortsklassen verlangt. Die Neuregelung soll mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. an begonnen und die Mehrbeträge vor Weihnachten ausgezahlt werden. Für die Länder und Gemeinden sollen Reichsmittel bereitgestellt werden, um eine entsprechende Erhöhung der Bezüge der Beamten, Angestellten und Arbeiter der Länder und Gemeinden sicherzustellen.

22 Prozent Steigerung

der Teuerung im November

Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten, durch die die Ausgaben für Ernährung, Heizung, Beleuchtung und Wohnung erfaßt werden, ist nach amtlicher Berechnung von 1146 im Oktober auf 1397 im Monat November um rund 22 v. H., gestiegen.

Sozialistische Regierung und ADGB.-Forderungen

Anträge im Sächsischen Landtag

Leipzig, 5. Dezember. (Eigene Drahtmeldung). Die kommunistische Fraktion im Sächsischen Landtag hat folgende Anträge gestellt.

I. Der Landtag wolle beschließen und die Regierung ersuchen:

1. a) In den staatlichen Betrieben Nachforschungen darüber anzustellen, nach welchen Gesichtspunkten die Einstellung von Angestellten und Arbeitern erfolgt, insbesondere ob Einstellungen an irgendwelche Altersgrenzen gebunden sind; b) besondere Feststellungen darüber zu machen, ob die Satzungen von in Staatsbetrieben bestehenden Pensions- und sonstigen Kassen die Einstellung beeinflussen; c) im Falle des Bestehens solcher Satzungen wären Aenderungen zu treffen.

2. Obige Nachforschungen sind auch in den Betrieben der Privatindustrie anzustellen und sich dabei der Mithilfe der Betriebsräte und Gewerkschaften zu bedienen.

II. Der Landtag wolle beschließen, **die Regierung zu beauftragen, die notwendigen Schritte zu unternehmen und alle Vorbereitungen zu treffen, um die neuesten 16 Forderungen des ADGB. für Sachsen durchzuführen. Die Regierung wird beauftragt, die notwendigen Maßnahmen zur Verwirklichung der 16 Forderungen des ADGB. zu veranlassen.** Die Vertreter der sächsischen Regierung im Reichstage sind anzuweisen, daß sie sich mit allem Nachdruck für diese 16 Forderungen einsetzen.

Eberlein in Leipzig

Leipzig, 6. Dezember. (Eigene Drahtmeldung.) Hier war gestern eine Riesenversammlung im „Albertgarten", in der Genosse Eberlein über das Thema referierte: Wo sitzen die wirklichen Provokateure? Die Arbeiter haben begriffen, daß die Meldungen des „Vorwärts" nur dazu dienten, die sich bildende Einheitsfront unter der Arbeiterschaft zu zersprengen. Die Stimmung war gut. Mit den Ausführungen des Redners, die sichtlich Eindruck machten, war die Versammlung einverstanden.

Vernichtende Niederlage der SPD.

Wismar, 6. Dezember. (Eigene Drahtmeldung). In Wismar (Mecklenburg) hat bei den Stadtverordnetenwahlen die SPD. eine vernichtende Niederlage erlitten und über 50% ihrer Stimmen verloren, während die Kommunisten mehr als 700 Stimmen gewinnen konnten.

Lettow-Vorbeck provoziert weiter

Bremen, 6. Dezember. (Eigene Drahtmeldung). In Brake (Oldenburg) ist ein Vortrag Lettow-Vorbecks durch das Eingreifen der Kommunisten verhindert worden.

Generalstreik der Bergarbeiter in Mährisch-Ostrau

Berlin, 6. Dezember. (Eigene Drahtmeldung) Im Mährisch-Ostrauer Bergrevier hat auf allen 39 Zechen der Generalstreik der Bergarbeiter begonnen.

Proteststreik der französischen Bergarbeiter

Paris, 3. Dezember. Wie Havas mitteilt, **hat der Verband der Bergarbeiter für den 12. Dezember einen Proteststreik im Hinblick auf die schlechte Lage der Arbeiterschaft und der Bergarbeiter im besonderen beschlossen.**

Bewegungen „von unten"

Von A. Maslow

I.

Der Hungerstreik der 130 politischen Gefangenen im Zuchthaus zu Lichtenburg hat alle Arbeiter Deutschlands gewaltig durcheinander gerüttelt. Das Verhalten des sozialdemokratischen Justizministers Radbruch, der eine Freilassung und eine Amnestie mit genau den gleichen Begründungen abwies, wie das die früheren preußischen Minister unter Wilhelm taten, brachten auch die Mitglieder der SPD. in Wallung. Aus allen möglichen Städten Deutschlands schickten die Arbeiter unmittelbar aus den Großbetrieben heraus Delegationen nach Berlin, die die Freilassung der politischen Gefangenen fordern sollten. Diese Delegationen gingen ins Parlament, verhandelten mit den Fraktionen und mit dem Minister und mit dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund (ADGB.), natürlich ohne Erfolg.

Diese Delegationen sind Arbeiterdelegationen; zusammengesetzt ohne Rücksicht auf Parteizugehörigkeit. Als sie in Berlin die Fruchtlosigkeit ihrer Bemühungen sahen, beschlossen sie, nicht ohne Resultat nach Hause zu fahren. Sie kamen auf den Gedanken, eine Betriebsräteversammlung einzuberufen und in dieser zu beschließen, was zu tun sei.

II.

Der Tatbestand ist typisch, ebenso wie der Verlauf der erwähnten Versammlung typisch ist. Drei Momente müssen besonders hervorgehoben werden:

1. Die Arbeiter haben irgendwelche Forderungen zu stellen; sie sind gewillt, sie durchzudrücken, haben aber zu den Arbeiterorganisationen so wenig Vertrauen, daß sie die Sache selbst in die Hand nehmen.

2. Die „Instanzen", insbesondere die Gewerkschaftsbureaukratie und „Betriebsrätezentrale" schreien Zeter und Mord und suchen, die spontane Bewegung zu hintertreiben, zu sabotieren oder zum mindesten sie in ihre Hand zu bekommen.

3. Die Arbeiter wissen nicht recht, wie sie ihren Tatendrang ins Leben umsetzen können, spüren aber, daß die vereinzelte „Aktion" im Zusammenhang steht mit all den Fragen, die die Arbeiter in dieser Zeit überhaupt beunruhigen (Teuerung, Lohnabbau, Steuerraubzug, Reichsanarchie, Schandjustiz usw.) und reden sehr lang und sehr erregt über alle diese Dinge, sind aber nicht imstande, konkrete Beschlüsse zu fassen und durchzuführen. Diese drei Momente zeigte die Berliner Versammlung der Betriebsräte in Reinkultur. An sich war das Zustandekommen ohne, ja gegen das Zutun der „Instanzen", dazu noch auf einen einzigen Aufruf hin, der überdies von „wilden" Delegationen (d. h. von solchen, die Arbeiter aus den Betrieben, nicht Parteien oder Gewerkschaften entsandt hatten) erlassen worden war, eine wunderbare Sache. Ueber Nacht, buchstäblich genommen, hatten diese unbekannten und namenlosen Delegierten die Versammlung zusammengerufen und etwa 2000 Berliner Betriebsräte kamen zusammen, alle beseelt von dem ehrlichen, heißen Willen, „etwas zu tun". Es ist völlig gleichgültig, daß der Anlaß diesmal der Hungerstreik von 130 namenlosen Arbeitern war. Bei anderen Anlässen wiederholt sich dasselbe, schneller oder langsamer, wuchtiger oder noch ausgangsloser: Die Arbeiter kamen zusammen und dann wußten sie nicht, was sie tun sollten.

II.

In dem oben erwähnten Falle taten die Arbeiter, was man immer tut, wenn man nicht weiß, was man tun soll: sie nahmen eine Resolution an, die den ADGB. (Gewerkschaften) auffordert, innerhalb von 14 Tagen einen allgemeinen Rätekongreß einzuberufen und sie wählten eine sechsgliedrige Kommission, die den ADGB. „überwachen" sollte.

Ist dieser Weg richtig gewesen oder falsch?

Er ist falsch.

Die Versammlung war eine Berliner Versammlung. Sie hätte dem ADGB. nur imponiert, wenn sie für Berlin konkrete Maßnahmen vorgeschlagen und durchgeführt hätte, z. B. wie von einer Seite, leider unbeachtet, empfohlen war, einen einstündigen Demonstrationsstreik zugunsten der politischen Gefangenen nebst einer neuen Vollversammlung der Betriebsräte am folgenden Tage, wenn auf den Demonstrationsstreik hin der Justizminister nicht zu bindenden Zusicherungen bereit gewesen wäre. Nur eine solche Taktik hätte dem Justizminister der Bourgeoisie den Arbeitern selbst und nicht zuletzt dem ADGB. imponiert, der sich dann knurrend und unwillig der „Aktion" beigesellt hätte, so daß eine Arbeiterkommission wirklich eine „Ueberwachungsarbeit" hätte leisten können. So aber verpuffte der Wille der Arbeiterschaft wieder einmal; übrig geblieben ist zunächst einmal eine ohnmächtige sechsgliedrige Kommission.

IV.

Uebrig geblieben ist allerdings noch eine Lehre für die Arbeiter. Wie verhielten sich die Parteien, wie die Gewerkschaften?

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211206-19/fragment/page=0001

Die SPD. „warnte", frech und provokatorisch, vor der „kommunistischen Mache". Da in der Versammlung selbst diese Töne nicht anschlugen, der SPD.-Beauftragte vielmehr beinahe verprügelt wurde und die SPD.-Betriebsräte entgegen der Aufforderung ihrer Partei, im Saale blieben, so griff die Noskepartei zu schärferen Mitteln und ließ im „Vorwärts" die Stinkbomben ihrer „Enthüllungen" los. Sie wird dadurch zweifellos manchen SPD.-Arbeiter (für einige Wochen) von den Kommunisten fernhalten, aber ebenso zweifellos sehr bald vielen ihrer eigenen Anhänger gezeigt haben, daß tatsächlich auf die SPD.-Führer Paul Levis Denunziation von der Achtgroschenjungentaktik paßt, nicht auf die KPD.

Die USP. ließ Kurt Rosenfeld in schmelzenden und radikalen Tönen reden und versichern, die USP. würde durch dick und dünn mit den Arbeitern gehen. Was freilich den Hilferding nicht hinderte, nach den „Enthüllungen" des „Vorwärts" erleichtert aufzuseufzen, weil man dort „mit solchen Leuten" nichts gemeinsam unternehmen könnte. Der Deutlichkeit halber sei hinzugefügt, daß die „solchen Leuten" nicht etwa die Halunken Noske, Kuttner, Stampfer und Konsorten waren, sondern die Kommunisten.

Die freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale versprach, sie werde eine Vollversammlung der Betriebsräte einberufen, nachdem ihr Zentralrat sich über die Angelegenheit schlüssig geworden wäre. Natürlich berief sie gar nichts ein; da sie nicht geprügelt wurde, drückte sie sich, es waren ja nur Arbeiter, die Forderungen stellten.

Die KPD. endlich hatte ebenfalls nicht begriffen, wie man in solchen Situationen sich zu benehmen hat. In dem an sich vielleicht löblichen (bei Ungeschicklichkeit aber ebenso schädlichen, wie es Ursprünglichkeit wäre) Bestreben, nur ja nicht der Angelegenheit einen „parteimäßigen" Anstrich zu geben, hielt sich die Partei zurück, machte keine konkreten Vorschläge — und die Versammlung hatte das Resultat: eine angenommene Resolution und eine sechsgliedrige Kommission.

V.

Wozu wir diese Dinge in ausführlicher Breite erzählen?

Weil die Bewegung der nächsten Zeit aller Voraussicht nach den Charakter solcher Bewegungen „von unten" besitzen werden.

Weil infolgedessen die KPD. sich klar darüber werden muß, wie sie sich zu solchen Bewegungen stellt.

Der formale Standpunkt der Gewerkschaftsführer ist für uns natürlich nicht diskutierbar. Auch der „moralische" Standpunkt der Gewerkschaftsgewaltigen in bezug auf den heiligen Charakter der Tarife, die die Arbeiter bei Forderungen von Wirtschaftsbeihilfen „brechen", ist eitel Heuchelei. Die Arbeiter pfeifen heute von selbst auf den Tarif, wenn er sie zum Hungern verurteilt. Es wird sicher nicht Aufgabe der Partei sein, gegen „Tarife" zu sein, es wird aber Pflicht der Partei sein, überall, wo spontane Bewegungen der Arbeiter zustande kommen, diese, auch wenn die Tarife „brechen", zu unterstützen. Aber Aufgabe der Partei ist es auch, solche spontanen Bewegungen auszuweiten, die Kampfbedingungen möglichst günstig zu gestalten und auch die Gewerkschaftsorganisationen in sie einzubeziehen. Der gewerkschaftsfeindlichen Einstellung breiter Arbeiterschichten ist dadurch Richtung zu geben, daß ihr Tendenzdrang zu konkreten Forderungen an die Gewerkschaftsspitzen verdichtet wird.

Der Verlauf wird, aller Voraussicht nach, dieser sein: „wilde" Bewegungen von unten werden Betriebsräteversammlungen und Konferenzen veranlassen. Diese werden auf die Gewerkschaften drücken und sie zur Einberufung von Betriebsrätekongressen zwingen. Diese „offiziell" und instanzenmäßig einberufenen Kongresse werden zunächst auslaufen wie das Hornberger Schießen (wie z. B. der gewesene Bergarbeiterrätekongreß und voraussichtlich der jetzt in Leipzig tagende Metallarbeiterrätekongreß). Die Arbeiter werden desillusioniert werden und sowohl die „offiziellen" Kongresse — durch Druck der Betriebe auf die Delegierten-Betriebsräte — wie auch die „wilden", die aller Wahrscheinlichkeit nach daneben laufen werden, mit Leben und konkreten Forderungen und Maßnahmen zu erfüllen. Allmählich werden dadurch die Rätekongresse zu proletarischen Machtorganisationen werden und die Gewerkschaftsspitzen werden sich ihnen entweder fügen oder abgetrocknen und ersetzt werden.

Aufgabe der Partei ist es, diese Bewegung von vornherein zu beeinflussen. **Konkrete Maßnahmen müssen überall vorgeschlagen werden.** So war es ein gewaltiger Fehler der Berliner Versammlung, daß sie nicht für Berlin einen konkreten Beschluß faßte, z. B. den eines eintägigen Demonstrationsstreiks nach vorausgehender neuer Volksversammlung der Betriebsräte, falls der Justizminister nicht die Lichtenburger Arbeiter freigab.

Auf diesen Kongressen werden sich politische Fragen ganz von selbst als Tagesordnungsfragen einstellen, ganz wie die Berliner Versammlung dem einzuberufenden Rätekongreß Steuerfragen u. a. zur Behandlung vorschlug.

Bei all diesen Fragen muß die Partei klar sagen, was sie will. Hier ist noch eine ungeheure Vorbereitungsarbeit zu leisten. Denn diese Bewegungen „von unten" werden die nächste Zeit beherrschen.

Wahlresultat in Anhalt

Dessau, 6. Dezember. (Eigene Drahtmeldung). In Anhalt erhielten bei den Kreistags- und Stadtverordnetenwahlen am Sonntag die Parteien folgende Mandate: KPD. 12, USP. 9, SPD. 97 — insgesamt 118, vereinigte Bürgerliche 117.

Auseinandersetzungen in der USP.

„Die Kommunisten sind Klassenkämpfer"

Berlin, 6. Dezember. (Eigene Drahtmeldung). In Berlin hat am Sonntag der Bezirksparteitag der USPD. stattgefunden, auf dem es zu schweren Zusammenstößen mit dem rechten Flügel innerhalb der Partei kam. Ledebour erklärte, die Kommunisten seien Klassenkämpfer, die früher Seite an Seite mit der USP. gekämpft hätten und hoffentlich wieder kämpfen würden. Rosenfeld erklärte, was Eberlein getan hätte, sei ein Kinderspiel gegen das, was die SPD. im Jahre 1919 getan habe.

Sepp Oerters Klagelied

Klatschbazillen in der USPD.

In der „Freiheit" vom 4. Dezember veröffentlicht der USP.-Mann und ehemalige Braunschweigische Ministerpräsident Sepp Oerter eine scharfe Erklärung, die sich gegen seine eigenen Parteigenossen wendet. Er behauptet, von seiner Fraktion fallengelassen zu sein, weil er die Angriffe der Deutschnationalen in einer sogenannten unparlamentarischen Weise zurückgewiesen hätte. Er schreibt:

> Man hat meine Rechtfertigung vor den bürgerlichen Gerichten, die mir gewiß nicht grün sind, nicht abgewartet. Warum? Weil man diese Rechtfertigung fürchten mußte. Sie hätte Braunschweigs politische Luft gesäubert von allen giftigen Klatschbazillen. Leider hat auch die Fraktion der USPD. in solch entscheidendem Augenblick versagt, weil auch sie von diesen Bazillen angesteckt war. Schwersten Herzens schreibe ich dies. Aber ich schreibe es zu Nutz und Lehre der ganzen Partei.

Metallarbeiter-Betriebsrätekongreß in Leipzig

Leipzig, 6. Dezember (Eigene Drahtmeldung.) Nicht nur die Metallarbeiter, sondern die ganze deutsche Arbeiterklasse blickt mit großem Erwarten auf den Betriebsrätekongreß des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Leipzig, der am Montag, dem 5. Dezember im „Volkshause" eröffnet wurde und drei Tage dauern soll. Doch wenn der 2. und 3. Verhandlungstag nicht mehr positive Ergebnisse bringen, als der erste Tag, dann wird die deutsche Arbeiterschaft um eine Enttäuschung reicher sein. Wohl gebrauchte auch Dißmann in seiner Eröffnungsrede, genau wie in Jena, große Worte über den energischen und zielbewußten Kampf des Proletariats gegen den Kapitalismus und die Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft.

Wohl zeigte der Kongreß nach außen ein Bild vollster Einmütigkeit durch eine beinahe einstimmige Annahme der von den beiden Referenten Lederer und Hilferding vorgeschlagenen Resolutionen. Doch die bange Frage der Arbeiterschaft, wie können wir aus dieser Verelendung herauskommen, wie gestalten wir unseren Kampf in der Zukunft erfolgreicher als bisher, blieb unbeantwortet. Dißmann, der den Kongreß vollkommen beherrschte, verhinderte ganz systematisch, daß diese Frage, so wie es notwendig gewesen wäre, zur Verhandlung kam, denn als von unserem Genossen Kresse versucht wurde, die Frage in den Mittelpunkt der Tagesordnung zu stellen, bot Dißmann alles auf, um dies zu verhindern. Er hatte damit Erfolg und es blieb bei der festgesetzten Tagesordnung. (Ausführlicher Bericht folgt morgen.)

Die Regierung gegen die Erfassung der Goldwerte

Der Reichskanzler Wirth hat wieder einmal geredet und hat dabei zu erkennengegeben, daß sich die Reichsregierung in ihrer Rat- und Hilflosigkeit ganz in die Hände des Großkapitals gegeben hat. In seiner Rede auf dem Pressebend im Reichstag führte er aus:

> „Ich weiß nicht, wie unsere Gegner von gestern sich die Fortsetzung der Politik im neuen Jahre denken. Wir wollen aufrichtig und ehrlich den Gedanken der Bereitwilligkeit, auch in Deutschland Substanz zur Verfügung stellen, soweit ein Kredit auf der Grundlage dieser Substanz möglich ist und seine Abdeckung überhaupt ökonomisch durchführbar ist, in den nächsten Tagen verfolgen. Aber die Entscheidung, ob es Geldgeber auf der Welt gibt, die bereit sind, in den großen Topf der Reparationen — das ist ein Topf ohne Boden — ihr Geld hineinzustecken, die Entscheidung darüber liegt nicht bei der deutschen Regierung, auch nicht allein bei der deutschen Industrie- und Bankwelt, sondern bei den Geldgebern, die nicht in Deutschland ihren Wohnsitz haben . . ."

Damit hat sich die Regierung offen gegen die Erfassung der Sachwerte erklärt. Die Substanz, die Sachwerte sollen nicht vom Staate erfaßt werden, sondern sollen als Pfand für eine Anleihe dienen, die von den deutschen Banken und der deutschen Industrie im Ausland aufgenommen wird. Das bedeutet, daß die Regierung den tatsächlichen Inhalt der Stinnesschen Pläne sich zu eigen macht. Wirth hat mit aller Deutlichkeit erklärt, daß die Entscheidung jetzt, soweit sie Deutschland betreffe, nicht mehr in den Händen der Regierung, sondern bei dem Großkapital liege. Da freilich die deutsche Bourgeoisie mit ihren Pumpversuchen auf ein allzu bereitwilliges Ohr bei den Ententemächten stoßen wird, mag nach der voraussichtlichen Entwicklung der englisch-französischen Beziehungen äußerst zweifelhaft erscheinen.

Für die Arbeiterschaft ist jedenfalls die Lage klar. Die Regierung hat erklärt, daß sie nichts tun wird, daß sie die Initiative dem Großkapital überlasse. Der ADGB. hat vor Wochen schon zum Kampf für die Erfassung der Sachwerte aufgefordert. Bisher hat er aber nur im Geheimen mit der Regierung und den Kapitalisten verhandelt. Jetzt muß er sprechen, wenn anders er nicht seine eigenen Forderungen aufgeben will.

Die Regierung hat kapituliert. Die Arbeiterschaft muß den Kampf für die Erfassung der Sachwerte aufnehmen.

Höchste Zeit zur Aktivität!

Die sozialdemokratische „Volksstimme" schreibt:

> „Es ist die höchste Zeit, aktiv zu handeln. Wir dürfen es nicht zur Verzweiflung der Massen kommen lassen. Was wir augenblicklich durchzusetzen haben, ist eine sofortige Steuergesetzgebung, die die ungerechte Bevorzugung des Kapitals beseitigt, die die sofortige Einziehung der noch ausstehenden Einkommensteuer vorbereitet und durchsetzt und die vor allem mit der Erfassung der Sachwerte und der vom ADGB. vorgeschlagenen Sozialisierung Ernst macht. Wollen wir es nicht zur Auslieferung deutscher Sachwerte an die Entente kommen lassen, in planloser Weise (Herrn Stinnes ist die Auslieferung der Eisenbahn, zumal unter seiner Beteiligung an dem Objekt, angenehmer als die Beteiligung des Reiches an den ihm gehörenden Objekten), so dürfen wir keinen Augenblick mit der Erfassung der Sachwerte mehr zögern. Aber auch Umbildung der Reichsbetriebe zu Selbstverwaltungskörpern, die uneingeengt von bureaukratischer Bevormundung arbeiten, ist notwendig und möglich, auch ohne die „Bitfreiche" Hand der Privatkapitalisten.
>
> Die Stunde ist da, nutzen wir sie, wenn wir nicht haltlos in die blutigsten Kämpfe und Erschütterungen hineingleiten wollen. Was wir in diesen Tagen geschieht, wird entscheidend sein auf Jahre hinaus."

Aber was tun die Sozialdemokraten? Ihre Aktivität beschränkt sich darauf, aus Dokumenten, die sie von der Polizei bekommen, Aktionen gegen die Kommunisten einzuleiten. Ihre Aktivität beschränkt sich darauf, mit der Bourgeoisie in mehr oder weniger kameradschaftlicher Weise zusammenzuarbeiten, und die Opposition in der SPD. stellt ab und zu fest, daß die jetzige Politik der SPD. eine Gefahr sei, daß man aktiv handeln müsse, aber praktisch läuft sie im gleichen Schritt und Tritt wie die Hermann Müller, Severing usw.

Nicht Worte — Taten verlangt die Arbeiterschaft

Der Vorsitzende des Düsseldorfer Gewerkschaftskartells, Agnes (Mitglied der USP.), richtete an den ADGB. unter dem Datum vom 3. November folgendes Schreiben:

> „Im Auftrage der letzten Kartellsitzung wende ich mich an Sie, um nochmals auf die Teuerung aller Lebensmittel und Waren besonders hier im Westen eindringlich aufmerksam zu machen. Lokale Bekämpfung des Wuchers ist wenig erfolgversprechend, da die bürgerliche Stadtratsmehrheit für durchgreifende Maßnahmen nicht zu haben ist. Wir haben uns bei allen Gelegenheiten zur Bekämpfung des Wuchers beteiligt. Die Preisprüfungsstelle stellte früher Arbeiterkontrolleure an, die allerdings meist entlassen oder versetzt worden sind. Durchgreifende Maßnahmen gegen die Teuerung können nur von zentraler Stelle aus erfolgen und ersuchen wir die Generalkommission, mit den politischen Parteien der Arbeiterklasse in Verbindung zu treten, um diejenigen gesetzgeberischen Maßnahmen vom Reichstage und den Behörden zu verlangen, die notwendig sind. Die Massen stehen verärgert und hoffnungslos abseits und erwarten von oben auch kein Heil. Die Massen verlieren vollständig das Vertrauen zum guten Willen der Vertreter der Arbeiterklasse in den Regierungen und Parlamenten, ja auch in den Zentralverbänden und sonstigen oberen Instanzen der Arbeiterbewegung. Die Hauptvorstände der Gewerkschaften richten sich naturgemäß mit den Lohnbewegungen nach den Kassenbeständen und sonstigen Verhältnissen der Organisation. Man richtet immer weitere Schlichtungsinstanzen ein, verhandelt in Arbeitsgemeinschaften auf alle mögliche Art, und das Endresultat ist immer ein unbefriedigendes. Ehe noch die Lohnforderung bewilligt ist, ist sie von der Praxis der Teuerung längst überholt. Es geht ein starker Zug von Unzufriedenheit durch die Reihen unserer Mitglieder und bereiten syndikalistischen, kommunistischen und sonstigen kritischen Agitationen Tür und Tor.

Es wäre u. E. an der Zeit, daß die Generalkommission in Verbindung mit den politischen Arbeiterparteien eine große Bewegung mit zündender Forderung entfachte und den Versuch machte, der Arbeiterklasse neue Hoffnung auf Erringung besserer Verhältnisse durch die Gewerkschaften und die politischen Arbeiterparteien einzuflößen. In der bisherigen Art und Weise geht es nicht weiter. Die Parlamentstribüne müßte u. E. von den politischen Parteien und Gewerkschaftsvertretern, nicht aber auch zuletzt von den sozialistischen Regierungsvertretern dazu benutzt werden, um die Rechte und Forderungen der Arbeiterklasse demonstrativ zu erheben und die Massen zu neuem gewerkschaftlichen und politischen Kampf aufzurufen. Vor allem müßte es dem Vorstand des ADGB. möglich sein, bei den sozialistischen Parteien und Regierungsvertretern die uns nahe stehen, ein Einverständnis zu erzielen über eine erhebliche Steigerung der Leistungen für Erwerbsbeschränkte und sonstige Unterstützungsberechtigte. Wenn die mittlere Arbeiterschicht zurzeit in schwerere Bedrängnis ist, so sind die unteren Arbeiterschichten aber dermaßen in Not, daß sie zu Verzweiflungsakten leicht hinneigen.

Wir bitten deshalb den Vorstand des ADGB., die Dinge nicht in der bisherigen pomadigen geschäftsmäßigen Weise zu handhaben, sondern allen Ernstes an zentraler Stelle Hebel anzusetzen, um die Teuerung durch Lohnerhöhungen und Erhöhung der Unterstützungssätze aller Art auszugleichen.

Besten Gruß!

Agnes."

*

Dieser Brief des USP.-Mannes schildert ganz gut die Unzufriedenheit der Arbeiterschaft über die schädigende Arbeitsgemeinschaftspolitik des ADGB. Derselbe habe sich bisher nur mit der Aufstellung von Forderungen begnügt, aber nichts getan, um dieselben durchzusetzen. Als richtiger USP.-Mann ist er natürlich der Auffassung, daß es ein Unglück sei, wenn sich die Arbeiter mehr und mehr zu der Auffassung der Kommunisten bekennen, daß gegen diese Passivität etwas getan werden müsse.

Auch Agnes stellt in diesem Brief nur Forderungen auf und sagt nicht, was er tun will, um den ADGB. zu einer proletarischen Kampforganisation zu gestalten und darauf kommt es an.

Schamlose Verhöhnung der Volksnöte!

Die „Deutsche Tageszeitung" vom 2. Dezember 1921 schreibt unter obiger Ueberschrift folgendes:

„Wir lesen in der sozialistischen Presse Pommerns:

„Herr Staatsanwalt!

In der Mittwochausgabe der deutschnationalistischen „Swinemünder Zeitung" lesen wir folgendes Inserat:

Achtung! Eilt! Achtung! Eilt!

Landwirte!

Jeder Posten Kartoffeln (auch der kleinste) zu kaufen gesucht. Gebe auf jeden Zentner ein Pfund Zucker gratis. Angebote mit Preis unter M. K. 100 an die Expedition dieser Zeitung erbeten.

Kann die Wucherei sich noch frecher gebärden, als wie es hier ausgedrückt wird? Unzählige abgehärmte Mütter laufen vergeblichungsvoll von Laden zu Laden, um nur ein Pfund Zucker für ihre Kleinen aufzutreiben, und hier bietet irgendein Angehöriger der Geldsackkaste für jeden Zentner Kartoffeln ein Pfund Zucker umsonst. Wo hat dieser Interessent diesen Zucker her? Wozu braucht er jeden Posten Kartoffeln? Die Antwort auf die zweite Frage liegt sehr nahe. Das Volk soll im Frühjahr noch höhere Preise zahlen. Eine schamlosere Verhöhnung der Volksnöte läßt sich kaum noch vorstellen. Wird der Staatsanwalt eingreifen?"

Wir teilen vollkommen die Entrüstung der sozialistischen Presse und möchten gleichzeitig unserer Verwunderung Ausdruck geben, daß so viel Objektivität; denn jener Angehöriger der Geldsackkaste, der „die Volksnöte in schamloser Weise verhöhnt (ein vortreffliches Wort) — ist — der Swinemünder Vorsitzende der sozialdemokratischen Gewerkschaften, Herr Fritz Prill!"

Wir empfehlen Herrn Fritz Prill, daß er sich zu dieser fast unglaublichen Sache öffentlich äußert.

Ausland

Kommunistenverhaftung. Bukarest, 1. Dezember. Nach einer Meldung der Agentur Orient-Radio aus Giurgewo gelang es der bulgarischen Polizei, den Kommunisten Caracheseu unter dem Vorwand, Urheber des Anschlages im rumänischen Senat zu sein, zu verhaften. Der Verhaftete befand sich auf der Rückreise von Rußland.

Krassin darf nicht nach Amerika. London, 2. Dezember. Das amerikanische Konsul hat Krassin den Paß nach Amerika verweigert.

Kriegsdemonstration in der italienischen Kammer. Rom, 3. Dezember. Als der wegen Fahnenflucht im Kriege zu Zuchthaus verurteilte kommunistische Abgeordnete Misiano in der Kammer erschien, verließen viele Abgeordnete zum Protest gegen seine Anwesenheit das Haus und machten es so beschlußunfähig.

Internationales

Die Londoner Arbeiterpartei nimmt Kommunisten auf

Aus London wird gemeldet: Auf dem Londoner Parteitag der Arbeiterpartei wurde mit 320 gegen 232 Stimmen der Antrag angenommen, die Parteileitung möchte die Kommunisten in die Arbeiterpartei aufnehmen. Die englische Arbeiterpartei ist bekanntlich ein loser Verband von Gewerkschaften und politischen Vereinen, der behauptet, die gesamte Arbeiterbewegung zu umfassen. Die Kommunisten wollen im Sinne der Parole: „Heran an die Massen" korporativ innerhalb der Arbeiterpartei wirken. Die reaktionäre Parteileitung hat aber aus Angst vor diesen kommunistischen „Zellen" bisher den Kommunisten die Aufnahme in die Partei verweigert. Der neueste Beschluß der Londoner Arbeiterpartei zeigt, daß der Kommunistenkoller der Parteigrößen von der Mitgliedschaft nicht geteilt wird.

Wirtschaft

Schokolade und Gewinnversteigerung

Sprunghaft gehen die Aktien der Industriepapiere in die Höhe. Die Unternehmungen sacken für ihre Teilhaber unermeßliche Gewinne ein. Die Schokoladenfabrik Sarotti hat durch ihre teure Schokolade so ungeheure Riesengewinne erzielt, daß ihr Kurswert sich von Börse zu Börse um Tausende bis über siebentausend steigert. Die vorgenommene Kapitalsverzierfachung (das Bezugsrecht wurde zuletzt mit 5000 notiert) reichte angesichts der kürzlich im Prospekt erläuterten Bilanzziffern immer noch nicht hin, um die Gewinne durch eine überhohe Dividende nicht allzusehr in Erscheinung treten zu lassen". So steht es wörtlich im Handelsblatt der „Frankfurter Zeitung" zu lesen, die aber sonst nichts gegen die offenschtliche Bilanz- und Gewinnverschleierung zu bemerken hat. Schließlich hat man es ja bei Sarotti nur um einen besonders gesteigerten Fall des Börsensystems, wie er zum Schaden der Allgemeinheit gang und gäbe ist, zu tun — dank dem Segen kapitalistischen Schwindels.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211206-19/fragment/page=0002

Gewerkschaftsbewegung

Zur Beitragserhöhung in den Gewerkschaften

Der Zentralausschuß der KPD. hat einstimmig folgende Entschließung angenommen:

Die Diskussion, die durch die allerwärts vor sich gehende Erhöhung der gewerkschaftlichen Pflichtbeiträge besonders in der „Roten Fahne" ausgelöst wurde, gibt dem Zentralausschuß Veranlassung, die Mitglieder der Partei eindringlich zu warnen, die Frage zu einer politischen zu machen. An den Gewerkschaften, wie [illegible], ist gewiß sehr viel auszusetzen. Dennoch ist die Gesamtpartei einmütig der Auffassung, daß die Kommunisten in den Gewerkschaften zu bleiben und für deren Revolutionierung zu wirken haben. Der Jenaer Parteitag hat mit Recht die Parteigenossen aufgefordert, dafür zu wirken, daß der letzte unorganisierte Arbeiter den Gewerkschaften zugeführt wird. Damit ist auch die Frage der Beitragsleistung prinzipiell entschieden, denn Mitglied einer Gewerkschaft kann nur sein, wer die festgesetzten Pflichtbeiträge leistet.

Die Kommunisten dürfen die Unzulänglichkeit der herrschenden Gewerkschaftspraxis, die jedes gesunde Maß überschreitende Ausdehnung des nicht den direkten Kampfzwecken dienenden Unterstützungswesens, die seinsüchte, in haßerfüllte Einstellung der Gewerkschaftsbureaukratie gegen die Kommunisten nicht zum Anlaß nehmen, eine prinzipielle Schwenkung in der Gewerkschaftsfrage vorzunehmen. Das und nichts anderes bedeutet aber letzten Endes, wenn die Beitragserhöhung unseren Fraktionen politisch gestellt und für die — bedauerlicherweise unbedingte — Ablehnung der Beitragserhöhung Propaganda gemacht wird. Diese Propaganda führt mit zwingender Logik zu einer antigewerkschaftlichen Einstellung, breite Massen werden dann über kurz oder lang überhaupt jede Beitragsleistung verweigern und dem Indifferentismus anheimfallen. Daß es so kommt, liegt so wenig im Interesse der Kommunistischen Partei wie der Gewerkschaften.

Wir Kommunisten verlangen eine Verbreiterung und Steigerung der wirtschaftlichen Kämpfe. Solange Lohnkämpfe nicht über ihr unmittelbares Ziel hinausreichen, solange sie als Kämpfe zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen geführt werden, sind zur Durchführung der Kämpfe entsprechende Mittel notwendig.

Indem der Zentralausschuß ausspricht, daß die Beitragsfrage in den Gewerkschaften nicht politisch behandelt werden darf, fordert er die Parteigenossen auf, in den konkreten Fällen das Für und Wider rein sachlich nach den für die betreffende Gewerkschaft maßgebenden Verhältnissen zu prüfen. Wo eine Gewerkschaftsleitung zur Führung der wirtschaftlichen Kämpfe eine Erhöhung der Beiträge fordert, werden die kommunistischen Gewerkschaftsmitglieder angesichts der fortschreitenden Geldentwertung für die Bewilligung der erhöhten Beiträge eintreten müssen.

Eine schwere Niederlage des Metallarbeiter-Verbandes

Seitdem Herr Dißmann den Metallarbeiter-Verband führt, steht er in stetem erbitterten Kampfe gegen Proletarier. Nicht das Zerschmettern des Kapitals, nein, das Vernichten der Kommunisten ist seines Strebens und seines Mutes höchstes Ziel. Und er konnte Siege melden wie Hindenburg noch kurz vor dem Zusammenbruch. Während Herr Dißmann Kommunisten jagte, schlugen die Unternehmer den Metallarbeitern schmerzende Wunden.

An dieser Stelle machten wir schon aufmerksam auf die Strategie der Niederlagen, mit der die Verbandsleitung im Industriegebiet prilliert. Als der Verband der Maschinisten und Heizer eine Offensive gegen das Kapital einleitete, fiel der Metallarbeiter-Verband der Bruderorganisation in den Rücken.

Dabei war die Situation nie so günstig für einen allgemeinen Kampf, wie gerade in den letzten Monaten, denn die Werke waren mit Aufträgen überhäuft, der Begehr nach Waren ging weit über die Erzeugungsmöglichkeit hinaus. Dazu warf das Exportgeschäft glänzende Gewinne ab. Dißmann hat die gute Gelegenheit mit Kratzeln gegen die Kommunisten vertan. Ihm kann das Kapital danken, daß es nun im rheinisch-westfälischen Industriegebiet einen großen entscheidenden Sieg über die Metallarbeiter errang.

Wegen abgelehnter Lohnforderungen traten die Metallarbeiter in Düsseldorf in den Streik, geschlossen, sämtliche Organisationen in einer Front. Das Kapital, der Zentralverband der Industriellen ließ keinen Zweifel darüber, daß er nicht wegen der materiellen Forderung den Kampf aufnahm, sondern um eine Machtprobe zu liefern. Eine der Situation gewachsene Führerschaft mußte erkennen, was auf dem Spiele stand und welche Mittel eingesetzt werden mußten. Das Kapital selbst wies sogar den Weg. In anderen Orten und für nicht am Streik beteiligte Gruppen bewilligte man Forderungen ohne lange Verhandlungen. Man wollte unter allen Umständen den Kampf in Düsseldorf lokalisieren und begrenzen. Hier ein Sieg, war so ein Sieg auf der ganzen Linie. Die mit der Kommunistenverfolgung beschäftigte Verbandsleitung merkte anscheinend nichts, kam nicht dahinter, daß sie nur durch eine schnelle, entschiedene Erweiterung der Kampffront den Plan des Kapitals durchkreuzen, dem Unternehmertum beträchtliche Zugeständnisse abzwingen konnte. Man ließ die Düsseldorfer allein kämpfen. Drei Wochen lang hielten sie in musterhafter Geschlossenheit in dem harten Ringen aus, Freigewerkschafter, Christen, Hirsch-Dunckerianer. Es gab keine Streikbrecher. Insgeheim wurden die Christen und Hirsch-Dunckerianer bearbeitet, man wollte sie aus der Einheitsfront herauslösen. Ihren Widerstand brachen dann die neuen Verhandlungen mit dem Ergebnis kleiner Zugeständnisse und der Drohung möglicher Maßregelung. Sie erlegen den Einflüssen, beschlossen das Angebot der Unternehmer anzunehmen. Die Funktionäre und Mitglieder des Metallarbeiter-Verbandes waren mit über 80 Prozent für Fortsetzung des Kampfes. Der Beschluß der anderen Organisationen zwang sie, sich trotzdem zu unterwerfen. Sie mußten sich unterwerfen, weil der Hauptvorstand vollständig versagt hat, weil er es unterließ, sofort den Kampf auf die erforderliche breite Basis zu stellen. Hätte er das getan, dann mußten die Unternehmer nachgeben. Die Christen und Hirsch-Dunckerianer wären gar nicht in die Lage gekommen, fahnenflüchtig zu werden.

Was der Verband nun an Streikgeldern erspart hat, wird er bald mit sistierten Gewerkschaftsgelder- und Arbeitslosenunterstützungszahlen. Das wird wahrscheinlich so schnell eintreten, daß er, Dißmann, keine Zeit haben dürfte, die Tatsachen und die hervorgehobenen Zusammenhänge zu leugnen.

Die Mitglieder selbst müssen dafür sorgen, daß dies die letzte große Niederlage war, in die sie ein auf Kommunistenhetz eingestellter Vorstand hineintreiben ließ.

Vom Tage

Sozialdemokraten als Klassenkämpfer

Wir brauchen sofort wirksame Maßregeln, die dem Kurstaumel eine Schranke setzen und dadurch alle späteren Maßregeln erst ermöglichen. Lehnt die Regierung die von uns vorgeschlagenen Maßregeln ab, dann . . . dann soll sie andere Vorschläge machen.

Aus der „Wiener Arbeiterzeitung" vom 6. November.

Der Brand in Lauban. Lauban, 3. Dezember. Wie von der Leitung des Eisenbahnwerkstättenamtes Lauban mitgeteilt wird, sind dem gestern abend nach 7 Uhr entstandenen Feuer die Dreherei und ein Lokomotivschuppen zum Opfer gefallen. Der Brand war um 12 Uhr nachts auf seinen Herd beschränkt, so daß nur noch die Fabrikfeuerwehr auf dem Brandplatze zurückbleiben mußte. Von der gesamten Belegschaft der Eisenbahnwerkstätte von 1100 (nicht 1800) Mann waren in den betreffenden Abteilungen 200 Arbeiter beschäftigt. Sie werden anderweitig untergebracht und beschäftigt werden. Die Höhe des Schadens läßt sich zurzeit noch nicht übersehen, dürfte aber eine Million übersteigen.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Richard Schuetter; für Anzeigen Fritz Kroh. Druck und Verlag: Produktiv-Genossenschaft für den Bezirk Halle Merseburg, e. G. m. b. H., Lerchenfeldstraße 14, Abtlg. Verlag Klassenkampf.

Aus der Provinz

Die Begnadigungskomödie

Die ungeheuerlichen Urteile der Sondergerichte hat selbst das Bürgertum in Erstaunen gesetzt. Wegen Bagatellen und Nebensächlichkeiten, Verteilen von Handzetteln und Anschlagen von Plakaten sind jahrelange Zuchthausstrafen über die Märzkämpfer verhängt worden. Der Sturm der gesamten Arbeiterschaft richtete sich gegen diese drakonischen Strafen, so daß sich die „Arbeiter-Vertreter" in den Regierungen veranlaßt sahen, eine Nachprüfung der Urteile anzufordern. Der Herr Reichspräsident beauftragte an jedem Landgericht einen Richter mit der Nachprüfung der Sondergerichtsurteile. Damit ist in den allermeisten Fällen denselben Richtern, die dem Ausnahmegericht angehörten, die die Urteile selbst mit gefällt haben, das Recht in die Hand gegeben worden, nachzuprüfen, welche Urteile dem Reichspräsidenten zur Begnadigung überwiesen werden sollen. In den allermeisten Fällen werden die Gnadengesuche glatt abgelehnt. Bei den Gerichten liegen schon vervielfältigte Schreiben, zu denen nur die Aktenzeichen und die Daten ausgefüllt werden brauchen. Ein solcher ablehnender Bescheid lautet:

Der Beauftragte für Gnadensachen beim Landgericht
Gn. Reg. 1089, 21 — Naumburg (Saale), den 28. 11. 21.

Die Prüfung Ihres Gnadengesuches vom 23. 8. 1921 ist mir übertragen worden. Bei der Vornahme dieser Prüfung hat sich ergeben, daß ein Gnadenerweis nicht befürwortet werden kann; **kraft der mir erteilten Ermächtigung lehne ich daher Ihr Gesuch ab.**

gez. Lohmeyer
(Stempel.) — Beglaubigt, gez. Haase, Kanzleiassistent.

Wie gleichgültig einem solchen „Gnadenrichter" das Los der Verurteilten ist, beweisen die Tatsachen, die diesem ablehnenden Bescheid zu Grunde liegen. Es handelt sich um einen Genossen, der acht Kinder zu Hause hat, dauernd magenkrank ist und jetzt bereits drei Wochen krank zu Bett liegt. Er ist nur zu sechs Wochen Gefängnis verurteilt, woraus hervorgeht, daß sein Vergehen vom Ausnahmegericht für sehr milde angesehen worden sein muß, und der Gnadenrichter bringt es nicht fertig, obwohl die Gesuche an den Reichsjustizminister, an den Preußischen Justizminister und an weitere Behörden gerichtet wurden. Gerade dieser Fall beweist, daß die ganze Begnadigungsaktion nur eine Komödie ist, um die Arbeiterschaft, die sich für ihre verurteilten Kollegen einsetzen will, zurückzuhalten.

Wenn aber doch einer der Verurteilten Glück hat, und der Herr Reichspräsident geruht, „Gnade walten zu lassen", dann sieht die Gnade so aus:

Der Beauftragte für Gnadensachen bei dem Landgericht
in Torgau
3a Gn. Reg. 280, 21 — Torgau, den 29. 11. 21.

In der Strafsache gegen den Bureaugehilfen Alfred Holzweißig aus Wildschütz, Kr. Torgau, teile ich Ihnen im Auftrage des Herrn Reichsministers der Justiz folgendes mit: Der Herr Reichspräsident hat durch Erlaß vom 19. September 1921 im Wege der Gnade die noch nicht verbüßte Zuchthausstrafe in Gefängnisstrafe von gleicher Dauer umgewandelt und die mit Zuchthausstrafe gesetzlich verbundenen Folgen, sowie den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte in Fortfall gebracht.

J. V.: gez. Name unleserlich.

Der Genosse Holzweißig hat 1½ Jahr Zuchthaus, seine Strafe wird umgewandelt in Gefängnis und nicht um einen Tag gekürzt. Jeder aber, der einmal im Gefängnis war, weiß, daß Zuchthaus eine leichter zu ertragende Strafe ist als Gefängnis, schon aus dem Grunde, weil die Strafanstalten in der Regel auf Strafen mit längerer Dauer eingerichtet und damit die Ernährungs- und Arbeitsverhältnisse geregelterre sind. Der einzige Vorteil dieser Begnadigung wäre nur, daß der Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte nicht mehr in Frage kommt. Für Kommunisten ist das gleichgültig. Die proletarischen Ehrenrechte behalten auch die, aber die erst recht, die im Kampf für die Befreiung der Arbeiterschaft von der bürgerlichen Gerechtigkeitsmühle hinter Kerkermauern geworfen werden. An der Arbeiterschaft liegt es, die Begnadigungskomödie abzukürzen.

Die katastrophale Wohnungsnot in der Provinz Sachsen

In einer Mitgliederversammlung der Demokratischen Partei in Merseburg sprach der Landeshauptmann Oeser, ehemaliger Reichseisenbahnminister, über die Wohnungsnot. Seine Ausführungen sind derart, daß sie verdienen, festgehalten zu werden. Sie lauten:

Wir haben in der Provinz Sachsen keine wichtigere Frage als die Frage der Beseitigung der Wohnungsnot. Im Bezirk Merseburg befinden sich 21 000 Industriearbeiter. Von diesen wohnen 18 000 nicht an ihrer Arbeitsstätte, sondern zum Teil weit davon entfernt. Sie fahren tagaus, tagein in schlecht geheizten und überfüllten Zügen zu und von ihrer Betriebsstätte. Das erfordert zum Teil einen Weg bis zu 8 Stunden jeden Tag allein zur Arbeitsstätte. Was das heißt, muß man bedenken, neben der Arbeitszeit. Dann muß man bedenken, in welchen Löchern als Wohnung diese Arbeiter unterkriechen müssen. Wenn sie das tun, dann haben sie auch einen Begriff davon, wie eine tiefgehende Erregung unter der Arbeiterschaft Platz greifen, wie radikale Strömungen unter ihnen hervorgerufen werden können. Man wird sie niemals zufrieden machen, wenn die Wohnungsfrage, die Wohnungsnot für die Arbeiterschaft nicht entsprechend gelöst wird. Es sind in der Provinz Sachsen bisher 70 Millionen für den Wohnungsbau aufgewandt. Aber was kann man mit 70 Millionen bei den heutigen Kosten leisten? **Die Wohnungsnot ist hier katastrophal.** Soll sie zufriedenstellend gelöst werden — und dazu ist es höchste Zeit —, so ist es unbedingt notwendig, hier ebenso wie im Ruhrbezirk eine große Aktion von seiten der Regierung, der örtlichen Stellen, unter Mitwirkung der Industrie und unter Mitwirkung der breiten Oeffentlichkeit aller Kreise durchzuführen. Der Minister Dominicus hatte für diesen Plan Verständnis, hoffentlich auch sein Nachfolger Severing. **Wenn das nicht geschieht, wenn die Frage der Beseitigung der katastrophalen Wohnungsnot in unserem Bezirk nicht bald gelöst wird, dann werden wir über kurz oder lang vor ähnlichen Dingen stehen, wie beim Märzputsch.** Hier liegen die größten Schwierigkeiten in der Wohnungsfrage. Wenn da nicht eingegriffen wird, dann haben alle anderen Bestrebungen keinen Zweck und keinen Erfolg.

Ja, wenn der große Dalles nicht wäre, wäre es vielleicht möglich, eine großzügige „Aktion" zur Linderung der Wohnungsnot zu unternehmen. Unter den jetzigen Umständen ist jedoch gar nicht daran zu denken. Millionen und Milliarden sind für Wohnungsbauten bereits an Zuschüssen verteilt worden, und doch wird die Wohnungsnot immer größer. Man müßte doch nachgerade längst eingesehen haben, daß auf den bisher eingeschlagenen Wegen eine durchgreifende Besserung nicht zu erzielen ist. Alles, was bisher auf diesem Gebiete geleistet worden ist, war sozusagen Sisyphusarbeit, war ein Tropfen auf einen heißen Stein. Solange man nicht daran geht, die Wohnungsfrage auf radikale Art zu lösen, d. h. durch Enteignung von Grund und Boden und durch Sozialisierung des Wohnungswesens, solange wird in unserem kapitalistischen Zeitalter etwas Durchgreifendes zugunsten der Wohnungslosen nicht geschehen.

Herr Oeser spricht von einer „großen Aktion", die unter Mitwirkung der Industrie und unter Mitwirkung der breiten Oeffentlichkeit (!) durchzuführen wäre. Den guten Willen des Herrn Oeser wollen wir nicht bestreiten, aber wir kennen unsere Pappenheimer, pardon: „Demokraten" zu gut, um nicht ermessen zu können, wie man sich diese große Aktion denkt: die breite Masse der Mieter wird den Löwenanteil der Kosten tragen sollen, während die Industrie einige Zuschüsse geben wird, soweit es sich mit den eigenen Interessen vereinbaren läßt. Im übrigen hat zu dem Alarmruf des Herrn Oeser anscheinend lediglich ein gewisses Angstgefühl „vor ähnlichen Dingen wie beim Märzputsch" Veranlassung gegeben. Die Arbeiterschaft muß auch solche Momente beachten und sie auszunutzen verstehen. Vor allem ist notwendig, daß so rasch wie möglich eine revolutionäre Einheitsfront der Proletarier gebildet und danach gehandelt wird. Dann wird auch die Wohnungsfrage gelöst werden können.

Die Schulferien im nächsten Jahre

für alle Schulgattungen in den Orten mit höheren Schulen oder Lehrer- (Lehrerinnen-) Seminaren innerhalb der Provinz Sachsen sind die Ferien für das Schuljahr 1922 in folgender Weise festgesetzt worden:

Bezeichnung der Ferien	Dauer Tage	Schluß des Unterrichts	Wiederbeginn des Unterrichts
Osterferien . .	14	5. April	20. April
Pfingstferien . .	6	2. Juni	9. Juni
Sommerferien .	31	7. Juli	8. August
Herbstferien .	16	30. September	17. Oktober
Weihnachtsferien	13	21. Dezember 1922	4. Januar 1923
Zusammen	80		

Schluß des Schuljahres 1922-23 Mittwoch, den 28. März 1923.

Am Mittwoch, dem 5. April 1922, findet nur Abschlußfeier und Zeugnisverteilung statt, am 2. Juni und 7. Juli ist der Unterricht völlig durchzuführen, am 30. September und 21. Dezember dauert der Unterricht bis 11 Uhr.

Zum Strafvollzug gegen die Märzkämpfer!

Eine Erfurter Familie hat einen Sohn unter den Opfern der Kämpfer am Leunawerk, der mit anderen zuerst zu drei Jahren Zuchthaus verurteilt wurde; ihm wurde die Strafe in 1½ Jahre Gefängnis umgewandelt. Der junge Genosse war zuletzt im Gefängnis zu Torgau. Jetzt ist er in eine andere Strafanstalt verschoben, vermutlich infolge des Lichtenburger Hungerstreiks. Dieser Tage kam ein Paket an die Eltern zurück mit dem Vermerk der Anstaltsleitung: „Entlassen, unbekannt wohin!" — Es ist eine Brutalität sondergleichen, die unter dem sozialdemokratischen Reichsjustizminister Dr. Radbruch möglich ist, daß Eltern so im Unklaren gelassen werden, was ihr Sohn sich befindet, denn er selbst darf in den ersten 14 Tagen nach der Einlieferung in eine Anstalt auch nicht schreiben. Wegen des Hungerstreiks hat man die politischen Gefangenen auseinandergerissen, hat sie in andere Anstalten überführt, aber um die Folgen dieser Verschiebung kümmert man sich nicht. Unsere Forderung ist nach wie vor:

Heraus mit den politischen Gefangenen!

Der Verband der Kreise und Gemeinden

für die Provinz Sachsen, Anhalt und Braunschweig hält am 9. Dezember in Halle eine Vertreterversammlung ab. Tagesordnung: 1. Tätigkeitsbericht des Vorstandes; erster Vorsitzender Landrat Bergemann. 2. „Kritische Betrachtungen zum Entwurf des Arbeitszeitrechtes"; Stadtrat a. D. Dr. jur. Sternberg-Naston, Geschäftsführer des Reichsarbeitgeberverbandes. 3. „Theorie und Praxis in der Tarifpolitik"; wissenschaftlicher Assistent Dr. Kraiper. 4. „Die letzten Neuregelungen der Gehälter und Löhne in den gemeindlichen Verwaltungen"; Geschäftsführer Syndikus Feuerbrod. 5. „Bericht über die Prüfungsergebnisse vor dem Prüfungsausschuß des Verbandes"; stellvertretender Vorsitzender Oberbürgermeister Dr. Lande. 6. „Genehmigung der Satzungsänderungen"; erster Vorsitzender Landrat Bergemann. 7. „Anpassung des Verbandsbeiträgen an den gesunkenen Markkurs"; erster Vorsitzender Landrat Bergemann. 8. Verschiedenes.

Schkeuditz

Freiwillig in den Tod gegangen ist der hier kurz verheiratete Installateur Hartmann in Sennewitz bei Halle. Wohnungs- und Nahrungssorgen waren die Veranlassung dazu. Ein Fall unter vielen!

Delitzsch

Die Wahl der Vertrauensmänner und Ersatzmänner gemäß dem Versicherungsgesetze für Angestellte, findet für den Stadtbezirk Delitzsch am Sonntag, dem 15. Januar 1922, statt.

Sandersdorf

Aus der Partei. Mittwoch, den 7. Dezember, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung im Gasthaus Sandersdorf. Jedes Mitglied hat zu erscheinen. Mitgliedsbuch mitbringen.

Eilenburg

Brothöchstpreise. Unter Abänderung unserer Anordnung vom 12. August d. J. setzen wir die Höchstpreise für Brot wie folgt fest: a) 4-Pfund-Brot 6,90 Mk., b) 250 Gramm Weißbrot aus 80prozentigem Weizenmehl 1,65 Mk., c) 70 Gramm Weißbrot (Semmel) aus 80prozentigem Weizenmehl 0,33 Mk. Diese Verordnung tritt am 4. Dezember in Kraft.

Stadtfurt

Beim Eislaufen ertrunken. Der siebenjährige Fritz Heuer brach durch die schwache Eisdecke der Bode bei Löderburg und ertrank, ehe Hilfe zur Stelle war.

Koswig

Die Angst vor dem „Klassenkampf". Von einem Inhaftierten im Alten Schloß geht uns ein Schreiben zu, wonach sich dieser beschwert, daß er den von ihm bei der Post abonnierten „Klassenkampf" nicht erhält. Das heißt, bis zum 18. November ist ihm der „Klassenkampf" zugestellt worden, von da ab hörte das auf. Warum? Das Rätsel ist gleich gelöst: Am 17. Nov. brachten wir die erste Meldung vom Hungerstreik in Lichtenburg. Die „vorsorgliche" Gefängnisverwaltung hatte also, nun eine Ansteckung zu vermeiden, anscheinend nichts Eiligeres zu tun, als das kommunistische Blatt von den Gefangenen fernzuhalten. Dazu hat diese aber absolut kein Recht. Das Blatt ist abonniert und bezahlt und somit Eigentum des Inhaftierten. Eine Vorenthaltung dieses Eigentums grenzt an Diebstahl. Wenn sich die Gefängnisverwaltung diesem Vorwurf nicht aussetzen will, muß sie schleunigst dafür sorgen, daß dem Inhaftierten die bestellte Zeitung ausgehändigt wird. Was sagt die vorgesetzte Behörde dazu?

Zerbst

Infolge Gasvergiftung ums Leben gekommen ist hier das Gärtner Rathosche Ehepaar. Die alten Leute hatten den Gashahn zu schließen vergessen.

Erfurt

Der Streik im Baugewerbe beendet. Kürzlich traten die Bauarbeiter in Erfurt sowie in 11 Lohnbezirken Thüringens in den Streik, da der Thüringer Bezirksarbeitgeberverband für das Baugewerbe den Schiedsspruch des tarifischen Bezirksslohnamtes für Thüringen vom 3. November d. J. abgelehnt hatte. Am 29. November fanden erneut Verhandlungen zur Beilegung des Streikes statt. Der Bezirksarbeitgeberverband hat nun den Arbeiterorganisationen mitgeteilt, daß er den Schiedsspruch annimmt. Damit ist der Streik im Thüringer Baugewerbe beendet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211206-19/fragment/page=0003

K. P. D

Kommunistische Partei Deutschlands.

Bezirksleitung für Halle-Merseburg.

Bureau und Kasse: Lerchenfeldstraße 14. Fernsprecher: 1473.
Postscheckkonto Leipzig 33443. Oskar Riedel, Bezirks-Sekretär
Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachm. geschlossen.

Versammlungen.

Ortsverein Halle.

Bureau: Lerchenfeldstraße 14, Fernspr. 1473. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 1 und 4 bis 7 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Mittwoch, den 7. Dezember, abends 7½ Uhr, im Sekretariat: **Vorstandssitzung.**

Distrikt 5. Donnerstag, den 8. Dezember, abends 8 Uhr, in der Produktiv-Genossenschaft: **Distriktsversammlung.** Von den Kassiern darf niemand fehlen.

Distrikt 8. Donnerstag, den 8. Dezember, abends 8 Uhr, im „Neuen Bürgergarten": **Distriktsversammlung.**

Distrikt 12. Heute, Dienstag, den 6. Dezember, abends 8 Uhr, im Lokal Lohse: **Distriktsversammlung.**

Distrikt 18. Donnerstag, den 8. Dezember, abends 8 Uhr, im „Volkspark": **Distriktsversammlung.** Hundert- und Zehnerschaftsführer müssen um 7 Uhr kommen, zwecks Abrechnung usw.

Unterbezirk Halle-Saalkreis.

Bureau: Halle, Lerchenfeldstraße 14, Fernspr. 1473. Geschäftszeit: Täglich 9 bis 6 Uhr. Sonnabends nachmittags geschlossen.

Ammendorf. Mittwoch, den 7. Dezember, abends 7 Uhr, im Hotel: **Große Partei-Funktionärsitzung.** Erscheinen aller ist unbedingt notwendig.

Unterbezirk Bitterfeld.

Holzweißig. Mittwoch, den 7. Dezember, abends ½8 Uhr, im Hälerschen Lokale: **Mitgliederversammlung.** Wichtige Tagesordnung.

B. B.B. Beths Bunte Bühne.
Vornehme Künstlerspiele.

Der Spielplan der Sensationen!
Kittys lebende Skulpturen.
Max Blume mit seinem 4452
sprechenden Hund Schwennecke.
Karl Weigelt, die beliebteste sächsische Marke,
und die übrigen erstklassigen Kunstkräfte.

Achtung, Gewerkschaftsmitglieder!
Parteigenossen von **Halle und Umgegend,** deckt Euren
Weihnachtsbedarf an Schuhwaren
nur in der 4443
Ersten Weißenfelser Schuh-Genossenschaft.
Empfehlen:
Damen-, Herren- u. Kinderstiefel sowie **Arbeitsschuhe**
in nur guter Lederausführung zu Fabrikpreisen.
Verkaufsstelle bei
Gen. Kurt Bachmann, Thomasiusstr. 47, III.

Passende Weihnachtsgeschenke
für Herren und Damen.
Von Mittwoch, d. 7. Dez., an bringe ich sehr große Posten in
Herren-Selbstbindern
Regattes und Schleifen, in nur modernen Mustern und Fassons, sowie
Damen-Strümpfe und **Herren-Socken**
in allen Preislagen, wegen Aufgabe der Artikel zum 4446
Total-Ausverkauf.
Gewähre beim Einkauf dieser Waren
10 Prozent Rabatt.
Ludwig Zengerling
Spezialtuch- und Futterstoff-Geschäft,
Barfüßerstraße 11. Telephon 2497.
Geschlossen von 1 bis 2 Uhr.

Noch und noch
zahlen wir die **höchsten Preise** wie folgt:

Kupfer	pro Kilo	26—27 Mk.
Rotguß	pro Kilo	20—22 Mk.
Zink	pro Kilo	8— 9 Mk.
Blei	pro Kilo	9—10 Mk.
Eisen	pro Kilo	80 Pf.—1,30
Lumpen	pro Kilo	1,30 Mk.

Zeitungen und Bücher sowie sämtliche Sorten Felle, Knochen, Wein- und Sektflaschen die höchsten Tagespreise. 4455
Größere Posten erhalten Extrapreise.
Fahrtvergütung von außerhalb. — Kaufmännische Bedienung.
Rohprodukten-Zentrale
F. Wilsdorf & Co.,
Lessingstraße 28 im Laden.

Drei Könige.

Sensations-Gastspiel:
Genuneit,
der bekannte Hamburger Komiker.
Genuneit ist unkopierbar. Genuneit zwingt alles zum Lachen. Genuneit bringt etwas Neues. Genuneit ist eine Klasse für sich.
In allen Großstädten ausverkaufte Häuser.
Gewöhnliche Eintrittspreise. 4447

Der
Weihnachts-Verkauf
im 4445
Gelegenheitskaufhaus
beginnt **Dienstag, den 6. Dezember.**
Verkaufszeit 9—12 Uhr und 3—5 Uhr nachmittags.
Trotz der enormen Preissteigerungen kann ich, infolge rechtzeitiger großer Abschlüsse, noch billig verkaufen. Jeder Tag bringt neue billige Angebote.
Besonders preiswert:

Handtücher	9—	12—	15—	18—
Taschentücher	3—	4⁵⁰	6⁵⁰	9—
Bettücher	75—	90—	110—	145—
Schlafdecken	42—	56—	75—	84—
Damen-Hosen	32—	39—	45—	49⁵⁰
Damen-Hemden	34—	39—	56—	62—
Untertaillen	9⁵⁰	12⁵⁰	18—	24—
Unterröcke	39—	45—	52—	56—
Herren-Hemden	39—	56—	65—	78—
Herren-Socken	6⁵⁰	9⁵⁰	12⁵⁰	14⁹⁰
Hosenträger	10—	12⁵⁰	18—	24—
Erstlingsjäckchen	7⁵⁰	8²⁵	9—	9⁵⁰

Gardinen und Gardinenspitze
Stickereien, Inlett sehr billig
Maschinengarn . . . 200 Meter **4,90**
Langetten . nur **50** Pf. **75** Pf. **90** Pf.
Bettbezüge weiß und bunt, große Auswahl.
Schmeerstr. 5, 1 Treppe.

Geschlechtskranke!
Rasche Hilfe! Doppelte Hilfe!
Harnröhrenleiden, frischer und veralteter Ausfluß, Eitrung in kürzester Frist, **Syphilis,** ohne Berufsstörung, ohne Einspritzung und andere Gifte, **Mannesschwäche,** schnelle Hilfe. Weißfluß. — Ueber jedes der 4 Leiden ist eine ausführliche Broschüre erschienen mit zahlreichen ärztl. Gutachten und Hunderten freiwillig Danksagungen Geheilter. Zusendung kostenlos gegen 1 Mk. für Porto in geschlossenem Doppelbrief ohne Aufdruck durch Dr. med. H. Seemann, G.m.b.H. Sommerfeld 74 (Bezirk Frankfurt Oder) Spezialärztliche Anstalt. *1427
Leiden genau angeben, damit richtige Broschüre gesandt werden kann

---

Massage, Heilgymnastik und Fußpflege
in und außer dem Hause 1431
führt aus und empfiehlt sich als
langjähriger Fachmann
Sprechstunde 11 bis 3 Uhr. Tel. 6162
E. Weidhaas,
Leipziger Straße 30.

Bekanntmachung.

Vom 10. Dezember 1921 an betragen die Kokspreise:
a) ab Gaswerk, Holzplatz, für 1 Zentner
40,— Mk. für Grob- und Nußkoks,
35,— Mk. für Perlkoks I (Schmiedekoks),
30,— Mk. für Perlkoks II,
15,— Mk. für Koksgrus.
Für Anfahren und Abtragen werden 2,50 Mk. für 1 Zentner mehr berechnet.
b) ab Gaswerk Giebichenstein für 1 hl
38,— Mk. für Grobkoks,
35,— Mk. für Perlkoks I (Schmiedekoks).
Sämtliche Sorten sind bezugscheinfrei.
Halle, den 5. Dezember 1921. 4459
Die Verwaltung der Gas- und Wasserwerke.

Arbeitsmarkt

Z. d. A.
sucht
männl. Hilfskraft,
perfekt in Schreibmaschine und Stenographie, 10—15 Tage im Monat Kassieren von Mitgliederbeiträgen.
Bewerbungen an **Pfeiffer, Z. d. A., Halle,** Hartz 42/44. 4449

Vereins-Anzeiger.

Arbeiter Sänger-Chor
Jeden Mittwoch abend 8 Uhr, im „Volkspark": **Singestunde.**
Die Freitags-Singestunde fällt bis auf weiteres aus.

Frauen- und Mädchenchor.
Jeden Donnerstag abd. 8 Uhr im „Volkspark": **Singestunde.**
Sangeslustige Frauen und Mädchen finden daselbst Aufnahme.

Kommunistische Arbeiter-Partei Deutschl. Halle. Ortsgruppe
Dienstag, den 6. Dezember, abds 7 Uhr, i. „Volkspark": **Außerordentliche Mitgliederversammlung.**
Erscheinen unbedingt nötig, sehr wichtige Tagesordnung.

Allg. Arbeiter-Union (Ortsgruppe Halle).
Donnerstag, den 8. Dezbr., bei Löther, Große Schmirr.: **Außerordentliche Mitgliederversammlung.**
Wichtige Tagesordnung! Alles erscheinen!
Jeden Sonnabend von 7.30 bis 9 Uhr Kassenstunden im Restaurant Löther, Gr. Steinstraße (Ecke Schimmelstraße). Mitglieder, welche sich nicht selbst kassieren und drei hintereinanderfolgende Versammlungen fernbleiben, stellen sich außerhalb der Union.

Zentralverb. prol. Freidenker (Ortsgruppe Halle).
Jeden Mittwoch nach dem 15., abends 8 Uhr, in der „Produktiv-Genossenschaft", Lerchenfeldstraße 14: **Mitgliederversammlung.**
Gäste stets willkommen.

Deutscher Arbeit.-Abstinent.-Bund, Ortsgruppe Halle a. d. S.
Auskunft erteilt: W. Thamm, Zinksgartenstraße 15.
Jeden Freitag abend 7½ Uhr: Zusammenkunft.

Internationaler Bund aller Kriegsopfer, Ortsgr. Halle.
Mitgliederversammlungen:
Jeden Mittwoch nach dem 1. in der „Produktiv-Genossenschaft".
Jeden Mittwoch nach dem 15. im „Volkspark".
Montags und Donnerstags jeder Woche, abends 5 bis 7 Uhr, im Bureau, Gewerkschaftshaus, Hartz 42/44, 2 Tr., Zimmer 15: **Rechtsauskunft.**

Arb.-Samarit.-Kol. Halle
Jeden Freitag abend 8—10 Uhr, in der Martinschule, Charlottenstraße: **Uebungsstunde.** Mitglieder werden noch angenommen.

Freie Bühne Halle, Volkspark, Burgst. Jeden Dienstag ½8 Uhr: **Probe.**

I. Hall. Mandolin.-Orchester.
Uebungsstunde: Jed. Freitag, abends 7 Uhr, in der „Aula" (Charlottenschule).

Arbeiter-Schwimmverein, Halle a. d. S., (E. V.)
Uebungsstunde im Stadtbad:
Mittwoch von 8—9 Uhr, Damenabteilung.
Donnerstag von 7—8 Uhr, Jugendabteilung.
Von 8—9 Uhr, Männerabteilung.

Turn- u. Sport-Verein „Fichte".
Sonnabend den 10. Dezbr., im Restaurant „Flugplatz": **Gemütl. Vergnügen.**
Abmarsch ½7 Uhr vom „Walhalla".
„Volkspark-Turnhalle" von 7—9 Uhr:
Dienstags: Leichtathletische Uebungsstunde.
Freitags: Turnstunde.
Mittwochs: Turnerinnen.

Arb.-Radfahrer-Bund Solidarität, Ortsgr. Halle
Freitag, den 16. Dezember, abends 7½ Uhr, i. „Volkspark": **Versammlung.**
Sonntag, den 11. Dezember: **Ausflug nach Beuchlitz.**
Treffpunkt: Hauptbahnhof. Abfahrt: 1.56 bis Schlettau.

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Freiheit".
Radfahrervereine, welche gemeldet sind, sich dem Arbeiter-Radfahrer-Bund „Freiheit" anzuschließen, erhalten nähere Auskunft v. Kreisleiter **Paul Crana,** Halle (S.), Mansfelder Straße 23.
Sonntag, den 11. Dezember: **Ausfahrt nach Eisersleben.**
Abfahrt 1 Uhr von Horn, Hackedornstraße 1.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Stern" Vereinslokal Lohse, Humboldtstraße 1.
Jeden Mittwoch nach dem 1. und 15. im Monat **Versammlung.**

Wir haben Sonntag von 9—6 Uhr geöffnet.

Zum Weihnachtsfeste
ist das billigste Geschenk eine moderne Photographie oder Vergrößerung. Wir liefern dieselben in allen modernen Druckverfahren zu billigsten Preisen.
Photographisches Atelier und Vergrößerungsanstalt
Samson & Co. G. m. b. H.
4422 Poststraße 9/10. Fernruf 1025.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vorwärts".
M. d. B. „Freiheit".
Vereinslokal: „Zum Hackedorn", Hackedornstraße 4.
Aller 14 Tage Freitags bei Horn: **Versammlung.**

Kommunist. Jugend.
Halle, Rathausstraße 16.
Heute, Dienstag, den 6 Dez., abends pünktlich 7 Uhr, in der Turnhalle der Taubenschule: **Mitgliederversammlung.**
Die Wichtigkeit der Tagesordnung macht es allen Mitgliedern zur Pflicht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.
Donnerstag: Mandolinen-Uebungsstunde.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde"
Mittwoch abend 7 Uhr in der Turnhalle der Klosterschule: Volkstanzabend.
Donnerstag abend 7½ Uhr, im Physikzimmer d. Klosterschule: Biologische Arbeitsgemeinschaft.
— Jugendgruppe in der Turnhalle der Klosterschule: Generalprobe.
Freitag abend pünktl. 8 Uhr, in der Kolonnade des „Volksparks": Monatsversammlung.
Sonnabend abend 7 Uhr, im kleinen Saale des „Volksparks": Elternabend der Jugendgruppe.
Anmelden zur Weihnachtsfahrt n. d. Stutenhaus (Thüringen).
Passendorf: Donnerstag Zusammenkunft.

Kröllwitz

Arbeiter-Bildungs-Verein, Kröllwitz.
Vereinslokal „Lindenhof".
Dienstag, den 6. Dezember, abends 8 Uhr im Heim: Lehrer Kukat üb. Religionsfragen.
Donnerstag, den 8. Dezember, Musikalische Arbeitsgemeinschaft abends 8 Uhr im Heim.
Gesangs-Abteilung:
Mittwochs von 8—10 Uhr, Turn-Abteilung:
Dienstags und Freitags 8—10 Uhr.
Proletarische Bühne:
Donnerstag, 8—10 Uhr.
Dienstags von 8—10 Uhr: Zusammenkunft im Heim.
Musikalische Arbeitsgemeinschaft:
Donnerstags von 8—10 Uhr: Uebungsabend im Heim.
Kinder-Mandolinen-Abtlg.
Freitag 5—7 Uhr.
Proletkult-Diskussionsabend: Montag, 8—10 Uhr.

Ammendorf.

Arbeiter-Gesangverein.
Singestunden: Frauenchor: Jeden Donnerstag ½8 Uhr, Männerchor: Jeden Dienstag ½8 Uhr in Teichmanns Hotel.

Dauerhafte
Brieftaschen
in 4448
prima Leder
und
allen Preislagen.
Hugo Krasemann
Lederwaren-Spezialgeschäft
nur
Schmeerstraße 19.

Glühlampen, Taschenbatterien, Kochtöpfe, Kochplatten, Bügeleisen, Fußwärmer Heizöfen, Tischlampen, Elektromotore usw.
Ing. C. Brast,
Halle a. S., Riemeverstr. 24.
Telephon 5280.

Solbad Fürstenthal
Stark radiumhaltige Solquelle, natürl. Schmiedeberger Moorbäder und alle 1392
medizinischen Bäder.
Robert-Franz-Straße 10.

Gold-, Silber-, Platinbruch, Alte Zahngebisse, Alte Münzen, Schmucksachen aller Art
kauft zu höchsten Preisen
A. Abramowitz,
Schmeerstr. 14, 1 Tr.
Bitte übersenden!

Billigste Bezugsquelle
für 1428
Lonnengarnituren, Waschservice, Kaffeeservice.
Schönbach Aluminiumwerke

Kindertragmantel zu verkaufen. 4442
Kaster, Beesener Straße 5, III, l.

Stadt-Theater.
Mittwoch 7. Dezember 1921:
Anfang 6 Uhr Ende 10½ Uhr.
Tristan und Isolde,
von Richard Wagner
Musikalische Leitung: Hofkapellmeister Professor **Heinrich Lader** (Gera-Reuß)
Donnerstag: 4453
Nichtöffentl. Vorstellung.

Normal-Hemden, Hosen 4468
Größte Auswahl billigst
Dauerwäsche-Vertrieb Kl. Berlin 2.

Jeder Kommunist
muß Förderer der

Produktiv-Genossenschaft i. d. Bez. Halle-Merseburg sein. Werde Mitglied und zeichne einen Anteilschein

---

An die Bewohner von Halle und Umg.

Konkurrenzlos
Zahle für:

Kupfer	Kilo	30—31	Mk.
Rotguß		20—21	„
Zink und Blei		10—11	„
Alteisen	Kilo von	80—150	Pf.
Lumpen (unsortiert)	„	120—150	„
Hasenfelle (Winter)	„	20—25	Mk.
Ziegenfelle	von	100—150	„

Außerdem kaufe ich:
Papier, Bücher, Zeitungen, Knochen, sämtliche anderen **Felle, Wein- und Sektflaschen.**
Von außerhalb vergüte ich Reisegeld zurück.
Geschäftszeit von 8 bis ½7 Uhr abends. — Karte genügt genügt. — Kaufmännische Bedienung.
Curt Zöhl Inh.: O. Kietz
Kleine Ulrichstraße 26, im Hofe.
Bitte, genau auf die Nummer 26 zu achten!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211206-19/fragment/page=0004

Halle und Saalkreis

Halle, den 6. Dezember 1921

Vier Stunden Affenkomödie

Die Ausplünderung der arbeitenden Bevölkerung durch Erhöhung des Straßenbahntarifs, der Preise für Gas, Wasser und Elektrizität beschlossen. — Die Sozialdemokraten stimmen für sämtliche Erhöhungen. — Der ungeheuerliche Schwindel von der Osterburgschen Millionenschuld. Magistrat und die bürgerlichen Stadtverordneten können ihre Beschuldigungen nicht aufrechterhalten. — Erregte Szenen durch das widerliche Betragen und die Provokationen der bürgerlichen Stadtverordneten.

*

Jämmerlicher sind wohl noch niemals die mit so viel Geschrei in die Welt hinausposaunten Anschuldigungen über „kommunistische Mißwirtschaft" zusammengebrochen wie in der gestrigen Stadtverordnetenversammlung. Jämmerlicher haben wohl noch nie die Bürgerlichen ihr Komödienspiel einsehen müssen. All die Anschuldigungen wurden durch unsere Redner als freche Lügen und verleumderische Verdächtigungen entlarvt. Keiner von denen, die noch vor einigen Tagen den Mund von der kommunistischen Millionenschuld so voll genommen hatten, brachte den Mut auf, zu seinen Anschuldigungen zu stehen. Trotz der mehrmaligen Aufforderungen von kommunistischer und unabhängiger Seite, das Material vor aller Oeffentlichkeit auszulegen, blieb es sowohl beim Magistrat wie auch auf der bürgerlichen Seite ruhig. Keiner wußte auch nur mit einem Worte etwas zu dere kommunistischen Mißwirtschaft zu sagen. Und damit ist diese elende Hetze genügend gekennzeichnet.

Nach Erledigung einiger kleinerer Vorlagen kamen die Erhöhungen des Straßenbahntarifs, der Preise für Gas, Wasser und Elektrizität zur Beratung. Zu diesen Ausplünderungsanträgen sprach Genosse Allgenstein, der in ausführlichen Ausführungen darlegte, daß es keine Möglichkeit gibt, den Bankrott der Kommunen von dem der kapitalistischen Orgeschrepublik zu isolieren. Dem Hungerkreislauf bei der arbeitenden Bevölkerung müsse Einhalt geboten werden. Die Lasten könnten nicht mehr vermehrt werden. Das Proletariat sei am Ende seiner Kraft. Die Erhöhungen bei der Straßenbahn, sowie auch die bei Gas, Wasser und Elektrizität, die die arbeitende Bevölkerung sehr schwer treffen, müssen abgelehnt werden, da auch sie das sinkende Schiff nicht mehr retten könnten. Alles nur auf die Schultern der ärmeren Bevölkerung abzuwälzen, sei eine Unverfrorenheit, die ihresgleichen suche. Warum überhaupt die Preise für Elektrizität erhöht werden müßten, sei nicht erklärlich, da das Elektrizitätswerk zuletzt noch einen Ueberschuß von etwa fünf Millionen Mark gehabt habe. Diese Erhöhung solle nur dazu dienen, den Ueberschuß noch zu erhöhen. Unverantwortlich sei es deshalb, auf diese Weise Gelder hereinzuholen und die Lebenshaltung der ärmeren Bevölkerung noch mehr zu belasten. Die erhöhten Gaspreise müßten ebenfalls abgelehnt werden. Man könnte hierbei höchstens eine Staffelung nach dem Einkommen vornehmen. In erster Linie müßten bei den erhöhten Lasten diejenigen herangezogen werden, die die ungeheuerlichen Gewinne während des Krieges und nach der Revolution in die Tasche gesteckt haben. Die brutale Ausplünderung der arbeitenden Schichten aber müsse eine Grenze haben. Seine Partei lehnte darum alle Erhöhungen ab. — Genosse Günther machte ähnliche Ausführungen und wandte sich besonders gegen die Ungerechtigkeit, der ärmeren Bevölkerung das Gas in so ungeheuerlicher Weise zu verteuern.

Die Unabhängigen lehnten ebenfalls alle Erhöhungen ab, beantragten aber bei der Straßenbahn zwei Fahrtarifzonen 1 Mk. und 1,50 Mk. einzuführen. Dieser Abänderungsantrag, sowie der Antrag, die Schülerkarten von 5 Mk. auf 7,50 Mk. zu erhöhen, wurden mit Stimmengleichheit abgelehnt.

Die übrigen Vorlagen, die Erhöhung der Straßenbahntarife, der Preise für Gas, Wasser und Elektrizität wurden mit den Stimmen der Mehrheitssozialisten gegen Kommunisten und Unabhängige angenommen. Die Einheitsfront zur Ausbeutung der arbeitenden Schichten und zur Rettung des kapitalistischen Profites war hergestellt. Die Sozialdemokraten stimmten für alle Erhöhungen.

Die Gewährung von Beihilfen für „Kinder" von Beamten usw. bis zum 24. Lebensjahr wurde von unserem Genossen Mendorf mit der Begründung abgelehnt, daß dies nur ein Privileg für eine besondere Klasse sei und die Kinder von Proletariern ausgeschaltet würden, schon aus dem Grunde, weil die Proletarierkinder gar keine Fachschulausbildung genießen könnten, sondern nach der Schulentlassung gleich arbeiten und verdienen müßten. Wenn schon den „Kindern" bis zu 24 Jahren die Beihilfen bewilligt würden, warum geht man dann nicht gleich bis auf 40 Jahre? — Die Vorlage wird, nachdem sich auch die Unabhängigen dagegen gewandt hatten, angenommen — natürlich ebenfalls mit Hilfe der Stinnessozialisten.

Während es bisher sehr schwer war, den Verhandlungen wegen der großen Unruhe auf der bürgerlichen Seite zu folgen — für sie ist die Abwälzung der Lasten auf die arbeitende Bevölkerung noch ein gutes Geschäft — wurde es plötzlich mäuschenstill. Alles setzte sich zurecht. Der Magistrat packte die Akten und die Zeitungen beiseite, der Vorsteher hustete die vertrocknete Kehle nach — es war auch so langsteilig — und nun sollte der große Schlag nicht nur gegen die Kommunisten kommen, sondern gegen die Arbeiterschaft überhaupt. Der Magistrat, nein der Oberbürgermeister höchstselbst hatte die Vorbereitungen hierzu getroffen, um seine „unfähigen" Kollegen mit der schwieligen Faust in das rechte Licht zu rücken. Die bürgerliche Pressekanaille war durch den Haushaltsausschuß auf Sturm und Radau eingestellt worden. In allen Tonarten war die „kommunistisch-unabhängige Mißwirtschaft" gepfiffen worden. Man mußte ungemein gespannt sein, was jetzt aus Tageslicht kommen sollte. Doch — alles schwieg. Der Oberbürgermeister schwieg . . . Die Deutschnationalen schwiegen . . . Die Volksparteiler schwiegen . . . Und die Demokraten schwiegen. Alle machten lange Gesichter. Und sie hatten doch den Mund so furchtbar voll genommen, daß man annehmen mußte, sie würden ihn garnicht wieder zukriegen. Nicht einmal der Oberbürgermeister, der von „Unfähigkeit" und von „dunklen Machinationen" gesprochen hatte — wie durch die unwidersprochenen Zwischenrufe festgestellt werden konnte — hatte den Mut, seine Angriffe in aller Oeffentlichkeit zu wiederholen. Warum schwieg er? Wir haben ein Interesse, das zu wissen. Noch mehr! Wir verlangen, daß er zu der verleumderischen Hetze, die von bürgerlicher Seite gegen frühere Magistratsmitglieder in den letzten Tagen betrieben wurde, in aller Oeffentlichkeit Stellung nimmt. Es war seine Pflicht, bereits gestern zu dieser Angelegenheit zu sprechen. Wir wollen wissen, wie die bürgerliche Presse zu den ungeheuerlichen Anschuldigungen über die „Millionenschuld Osterburgs", über die „Kommunistische Mißwirtschaft" kommt!

Da alles schwieg, mußten unsere Genossen selbst etwas dahinterleuchten. Genosse Mendorf führte hierzu etwa folgendes aus: Nach den Ankündigungen im Haushaltsausschuß hätte man annehmen müssen, daß eine Menge Material heute hier gegen Osterburg vorgebracht werden würde. Aber bis jetzt hat man noch nichts davon gesehen. Wenn ein Vertreter der Arbeiterschaft sich in irgendeiner Stellung Verfehlungen hat zuschulden kommen lassen, so werden wir das immer verurteilen und ihn zur Rechenschaft ziehen. Wir haben darum ein Interesse, daß alles in der breitesten Oeffentlichkeit klargelegt wird. Und darum haben wir auch hier darauf gesehen, daß die Bevölkerung über den „Fall Osterburg" volle Aufklärung bekommt und selbst darüber entscheiden kann, ob die Behandlung dieser Angelegenheit Magistrat so eingeleitet werden mußte. Osterburg hat Bekleidungsstücke (Wäsche, Schuhe usw.) für die Arbeiter am Holzlagerplatz für billiges Geld beschafft. Die Arbeiter haben die Bekleidungsstücke bekommen und auch bezahlt. Durch den Hörsing-Feldzug kam die Sache ins Stocken, so daß die Firma jetzt noch 3100 Mk. verlangt. Die Summe ist inzwischen angewiesen worden. Sind das nun Verfehlungen, auch wenn er hier in der Eigenschaft als Dezernent der Ortskohlenstelle gehandelt hat? Nein. Das sind keine Verfehlungen, und jeder von uns hätte an seiner Stelle nicht anders gehandelt. Aber die Hetze geht weiter. Die bürgerliche Presse schreit über eine Millionenschuld auf dem Holzplatz. Osterburg ist Dezernent geworden. Er hat zu einer Zeit die Ortskohlenstelle übernommen bekommen, als große Holzeinkäufe abgeschlossen worden waren. Das Holz kam hier an und wurde in unsachgemäßer Weise von Rosteselbaten aufgeschichtet. Als Osterburg hiervon Kenntnis bekam, trat er ganz entschieden dagegen auf. Das Holz rutschte zusammen. Inzwischen kam eine Ueberschwemmung und ein Teil des Holzes wurde vom Wasser umspült. Der Magistrat wollte das Holz nun nicht länger lagern lassen. Er wollte es verkaufen. Hiergegen wandten sich Osterburg und andere Vertreter der Arbeiterschaft, da sie der Auffassung waren, daß die Stadt das Holz noch einmal sehr notwendig gebrauchen werde. Die Ursache des Verkaufs aber liegt tiefer. Die Stadt trat als Konkurrent der Holzhändler auf. Die Holzhändler hatten sich darum an den Magistrat gewandt (Hört, hört!), ihnen keine Konkurrenz zu machen. Das Holz wurde verkauft, und zwar zu 40 Mk. das Raummeter, später für 60 Mk. Das Holz hatte aber damals bereits einen Wert von 85 Mk. und heute von 130 bis 150 Mk. Jetzt kann man sich denken, warum das Holz so schnell verkauft werden mußte. Heute sieht die Sache so, daß die Stadt wegen der ungeheuren Feuerungsmittelnot gezwungen ist, vielleicht dasselbe Holz von denselben Händlern, aber zu einem drei-, vier- oder noch mehrfachen Preis zurückzukaufen. Hätte man das Holz nicht an die Spekulanten verkauft, so hätte die Stadt nicht die selbstverschuldete Einbuße, sondern hätte ihre Ausgaben sehr gut decken können. Und darum soll man heute nicht kommen und von einer Millionenschuld der Kommunisten sprechen. Auch die Unabhängigen hätten damals die Weiterführung des Holzlagerplatzes gefordert. Aber der Magistrat habe alle Warnungen in den Wind geschlagen, sondern für die Gewinne der Holzhändler gesorgt. Wenn schon das Holz hätte verschlendert werden müssen, dann hätte man es lieber der Bevölkerung zu demselben Preise abgeben sollen, oder zu noch billigeren Preisen, dann wäre richtig gehandelt worden. Genosse Mendorf schildert noch die aufopferungsvolle Tätigkeit des Genossen Osterburg als Stadtrat und wendet sich ganz entschieden gegen die Ausführungen, die von einer bestimmten Seite über Nichtqualifizierungen (Zuruf: vom Oberbürgermeister!) gemacht worden sind. Er wendet sich weiter gegen die schamlose Hetze der bürgerlichen Presse und weist darauf hin, daß man wohl alles mobil mache, wenn es gelte, die Arbeiterbewegung zu schädigen und wenn es nur 3100 Mk. seien, daß man aber die Oeffentlichkeit ausschließe, wenn es sich um Millionenverschleuderungen durch die Unfähigkeit der studierten Dezernenten handele. Da sei die bürgerliche Seite ruhig, weil sie ja dadurch verdienten.

Der Unabhängige Kürbs wandte sich ebenfalls in längeren Ausführungen gegen die gemeinsame Hetze, die nur den Zweck haben solle, den Bürgerlichen für die bevorstehende Wahl eine schlagkräftige Wahlparole zu geben. Das sei ihnen aber verdorben worden. Auch er sah kein Vergehen in dem Verhalten des Genossen Osterburg und seines Parteifreundes Gethaar, der die 3100 Mk. angewiesen hatte.

Dann sprach noch unser Genosse Günther. Er forderte in scharfen Worten sowohl den Magistrat, wie auch die bürgerliche Rechte auf, mit der Wahrheit hier herauszukommen; hier sei der rechte Ort. Dem Genossen Osterburg könne eben nichts nachgewiesen werden. Wenn eine Verfehlung konstatiert werden solle, so nur, daß er sich um die verknöcherte Bureaukratie nicht gekümmert hat. Und das sei keine Verfehlung. Der Magistrat solle lieber den Schleier lüften über die Verschleuderungen von Millionenwerten, bei der Straßenbahn, bei Bauten usw. Sie würden schon zur rechten Zeit mit genügend Material aufwarten.

Nachdem der Unabhängige Albrecht das Verhalten des Magistrats und der Bürgerlichen scharf verurteilt hatte, fand weder der Magistrat noch die bürgerliche Seite den Mut, auch nur ein Wort auf all die schweren Angriffe und auf all die öffentlichen Aufforderungen, mit dem Material auszupacken, zu erwidern. Eine klägliche Rolle spielten hierbei auch wieder die Sozialdemokraten, die zu dem ganzen schändlichen Verhalten des Magistrats und der bürgerlichen Seite kein Wort zu sagen hatten. Sie zeigten gestern so recht, daß sie mit der Arbeiterschaft nichts mehr zu tun haben.

In schneller Folge wurden dann eine Reihe von kleineren Vorlagen erledigt. Eine Anfrage über die Kartoffelversorgung wurde von Genossen Günther begründet. Er protestierte dagegen, daß der Magistrat sich über die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung hinwegsetze. Er verlangte schleunigst, daß der Magistrat eingreifend klipp und klar erkläre, was er zur Linderung der Kartoffelnot bisher getan habe und was er zu tun gedenke, um dem Wucher entgegenzutreten. Eine Reihe von kleineren Städten hätte der ärmeren Bevölkerung billige Kartoffeln zur Verfügung gestellt. — Aus der Antwort des Magistrats interessiert uns nur, daß er nichts gegen die Kartoffelnot getan hat, wohl aber den Großhändlern dadurch entgegenkommen will, daß **er die Schuppen der Kartoffelhändler vor der Verzweiflung der hungernden Bevölkerung durch Sipo schützen lassen will.** Das sind die Maßnahmen, die der Magistrat gegen Hunger getroffen hat . . .

Ein Antrag des Genossen Günther, dann wenigstens die Allerärmsten mit billigen Kartoffeln zu versorgen, wird angenommen. Der Vorsteher schreit noch besonders in den Saal: „Einstimmig angenommen!" — Diese Heuchler!

Zum Schluß wird der kommunistische Antrag auf Unterstützung der Angehörigen von politischen Gefangenen beraten. Genosse Günther begründet ihn, wobei er auf die ungeheure Not der Angehörigen von den politischen Gefangenen hinwies. Diese Not habe die Gefangenen erst zu dem verzweifelten Schritt, den Hungerstreik, getrieben. Den Bürgerlichen war dies eine erwünschte Gelegenheit, über die Kommunisten mit einer wüsten und lärmenden Hetze herzufallen. Selbst der Sozialdemokrat Grauenhorst brachte es fertig, diesen Antrag abzulehnen und über die Not der hungernden Angehörigen mit lachender Miene hinwegzugehen. Die lärmenden Zwischenrufe von bürgerlicher Seite waren so provozierend, daß Genosse Knauthe in scharfen Worten und unter ungeheurem Tumult das Gebaren der bürgerlichen Stadtverordneten kennzeichnete. Seine Worte gingen in dem großen Lärm unter. Der Antrag wurde abgelehnt, ebenfalls auch der Abänderungsantrag der Sozialdemokraten, die Unterstützung nach Bedürftigkeit zu zahlen.

* **Der Arbeiterbildungsausschuß Halle** ist jetzt wieder konstituiert worden, nachdem der alte Bildungsausschuß infolge der Spaltung seine Tätigkeit eingestellt hatte. Der neue Bildungsausschuß ist aus Vertretern des Gewerkschaftskartells, des Afa-Kartells und der drei sozialistischen Parteien zusammengesetzt. Am Sonntag fand die konstituierende Sitzung statt. Dort wurde der Genosse Wielepp (Gewerkschaftskartell) zum Vorsitzenden, Genosse Kuschbauch (KPD.) zum stellvertretenden Vorsitzenden und Genosse Flücht (Gewerkschaftskartell) zum Schriftführer gewählt. Der Bildungsausschuß wird nunmehr die Veranstaltungen, die vom Gewerkschaftskartell eingeleitet worden sind, fortsetzen. Außer den beiden Opernvorstellungen im Stadttheater am 8. und 12. Dezember: (Figaros Hochzeit) und dem bunten Abend am 14. Dezember im Volkspark sind für den 19. Dezember zwei Märchenvorlesungen (eine am Nachmittag für Kinder und eine am Abend für Erwachsene) im Volkspark vorgesehen. Das Nähere hierüber wird noch bekannt gemacht.

* **Zugunsten einer Weihnachtsgabe** für die Angehörigen der Märzopfer und Inhaftierten findet durch die „Freie Bühne", Halle, am Sonnabend, dem 10. Dezember, im großen Saale des „Volksparks" ein Theaterabend statt. Zur Aufführung gelangt H. Heymanns Sittendrama „Das siebende Gebot". Es braucht nicht besonders darauf aufmerksam gemacht zu werden, daß es Pflicht jedes Genossen ist, diese Veranstaltung zu unterstützen. Die Betriebsfraktionsvorstände sind verpflichtet, den Vertrieb der Programme zu übernehmen und diese am Mittwochabend 8 Uhr im „Volkspark" abzuholen.

* **Alle zirkulierenden Sammellisten** zu Gunsten einer Weihnachtsbescherung der Kinder unserer Märzopfer müssen heute Dienstag, dem 6. Dezember, im Sekretariat des Ortsvereins Halle, Lerchenfeldstraße 14 II, während der Geschäftszeit von 4 bis 7 Uhr abgerechnet werden.

* **Kommunistische Kindergruppe.** Die Sammellisten sind Mittwoch abend 6 Uhr in der Produktiv-Genossenschaft abzurechnen. Werbt für die „Mud"-Aufführungen.

***Zahlung von einmaligen Beihilfen an Rentner der Eisenbahn-Arbeiter-Pensionskasse (Abteilung B).** Vom 12. Dezember an wird durch die Stationskasse P Halle den Rentenempfängern der Abteilung B der Eisenbahn-Arbeiter-Pensionskasse eine außerordentliche einmalige Beihilfe gezahlt, und zwar a) den Zusatzrentnern 600 Mk., b) den Witwen-Zusatzrentnern je 300 Mk. und c) den Waisen-Zusatzrentnern je 200 Mk.

* **Moralunterricht.** Zu dieser gestrigen Notiz wird uns heute mitgeteilt, daß die Besprechung der Moralunterrichts-Lehrer, Elternbeiräte und des Vorstandes des Freidenker-Vereins nicht am Mittwoch, sondern erst am Sonnabendabend 7½ Uhr in der Produktivgenossenschaft stattfinden kann.

* **„Der kleine Muck"**, der schönste aller Märchenfilme, kommt nicht allein. Zwei weitere Filme, nebst Vorträgen, Mandolinenspiel und Ueberraschungen, werden das Programm ausfüllen. Die Freitagvorstellung beginnt ½4 Uhr nachmittags. Am Montag ist der Beginn abends 4 Uhr. Es kann also jeder, groß und klein, zu unserer Veranstaltung kommen. Er wird sicht leeren Herzens nach Hause gehen. — In allen Filialen des Konsums, im „Volkspark" und in der Volksbuchhandlung (Harz) sind Karten erhältlich. Besucht den Vorverkauf! Die Veranstaltungen finden im großen Saale des „Volkspark" statt.

* **Der Kartenverkauf zu den Sondervorstellungen** (Figaros Hochzeit) am 8. und 12. Dezember im Stadttheater hat gestern begonnen. Um den im Süden der Stadt wohnenden Gewerkschaftsmitgliedern den weiten Weg zum Arbeitersekretariat zu ersparen, ist eine weitere Kartenverkaufsstelle im Hause des Verkehrsbundes, Dryandersstraße 10, parterre, eingerichtet worden. Dort findet der Verkauf von vormittags 9 bis abends 7 Uhr statt. — Der Kartenverkauf zu dem Bunten Abend am 14. Dezember hat ebenfalls schon begonnen. Diese Karten sind außer an den erwähnten Stellen auch in den Gewerkschaftsbureaus und in den Verkaufsstellen des Konsumvereins erhältlich.

* **Der Kaplier-Abend der „Volksbühne"** findet am Donnerstag, dem 8. Dezember, abends 8 Uhr, im großen Saal des „Volksparks" statt. Der Künstler spricht aus Goethes Dichtungen, u. a. auch aus Faust, ersten Teil. Programme sind zum Abend erhältlich, Karten (2 Mk.) in der Geschäftsstelle, Brüderstraße 14.

* **Hörervereinigung der Volksuniversitätskurse.** Mittwoch, den 7. Dezember, ½8 Uhr, Vortragsabend. Herr Grabow spricht über „Sozialversicherung". Zimmer 40, Neue Promenade 13. Gäste willkommen.

* **Achtung, politische Gefangene.** Am Mittwochabend 7 Uhr treffen sich alle ehemaligen politischen Gefangenen im Restaurant der Produktiv-Genossenschaft.

* **Internationaler Bund der Kriegsbeschädigten.** Unsere nächste Mitgliederversammlung findet Mittwoch, den 7. Dezember, abends 8 Uhr, im Hause der Produktiv-Genossenschaft statt. Gleichzeitig machen wir nochmals darauf aufmerksam, daß die Mitgliederversammlungen nach dem 1. eines jeden Monats im Hause der Produktiv-Genossenschaft und die Mitgliederversammlungen nach dem 15. eines jeden Monats im „Volkspark" stattfinden.

* **Was in der städtischen Straßenbahn alles liegen bleibt.** In der Zeit vom 1. bis 31. Okt. sind nachfolgend aufgeführte Gegenstände in den Wagen der städtischen Straßenbahn gefunden worden: 2 Spazierstöcke, 7 Regenschirme, 13 Paar Handschuhe, 1 einzelner Handschuh, 4 Schlüssel, 1 Klemmer, 1 Klemmerkatteral, 1 Theaterglas mit Tasche, 1 Lampe, 1 Ring, 1 Halskette, 1 Glas, 1 Seitengewehr ohne Scheide, 1 Kochgeschirr, 1 Tasche mit Topf, 1 Geldschein, 1 Netz, 3 Bücher, 1 Bibel, 1 Schulatlas, 2 Hüte, 2 Hemden, 1 Maltasten, 2 Beutel, 1 Brieftasche, 1 Notizbuch, 1 Mappe, 3 Säcke, 1 Kopftuch, 2 Kinderstiefeln, 1 Paar Segeltuchschuhe, 1 Paar Hausschuhe, 1 Paket Schokolade, 3 Frühstückstaschen, 1 Taschentuch, 1 Gürtel, 2 Schachteln Zigaretten, 4 Markttaschen, 1 Mütze, gehn Portemonnaies. — Die Empfangsberechtigten werden ersucht, ihre Rechte in dem Fundbureau, Berliner Straße 1, innerhalb einer Frist von drei Monaten geltend zu machen. Nach Ablauf dieser Frist werden die Fundstücke öffentlich versteigert.

Dieskau

Geschäftsbericht des Konsumvereins. Der Umsatz im letzten Geschäftsjahr betrug in den vier Verkaufsstellen 2 148 834 Mark, so daß auf jedes Mitglied 3352 Mark entfallen. Die Mitgliederzahl stieg auf 658. Aus dem Reinertrag, der 19670 Mk. beträgt, wurden 15000 Mark den Reisenden überwiesen, den Hungernden in Rußland und der „Roten Hilfe" je 500 Mk. Als Vortrag für das neue Geschäftsjahr wurden 2670 Mk. verbucht. An Reserven sind einschließlich der diesjährigen Ueberweisungen je Mitglied 72 Mk. vorhanden.

Aufgesprungene Hände

spröde und rote Haut, Wundsein und unreinen Teint beseitigt man so **Leokrem.** Dieses bewährte Hautpflegemittel erhalten Sie überall, wo Sie Chlorodont-Zahnpaste kaufen. *1426

Kaninchen-Felle

verkaufen Sie am preiswertesten direkt an die 4456

Pelzwarenfabrik, Firma Max Gräse,

Reilstraße 3. Reilstraße 3.

Kaufe auch ganze Posten guter **Kürschner-Kanin.**

Empfehle:

Ba. fettes Rohfleisch, Rouladen, Gebaktes, Knackwurst,

1387 und täglich:

Warme Knoblauchswurst und Würstchen.

A. Reinicke, Dessauer Straße 16.

Wildfelle

kaufen zu höchsten Preisen 1429

Gebr. Danglowitz, Gerberei, Fischerplan 2.

Korb-Kinderwagen,

Reihkorb, sehr gut erhalten, preiswert zu verkaufen. *1421 Dünitz, Berliner Straße 3.

Einf. möbl. Zimmer

in gut solidem, junger Mann. Werte Adreß. bitte unt. 100 an d. Geschäftsst. d. „Klassenkampf".

Wohnung in Ammendorf 1422

St., K., K., gegen ebensolche **in Halle zu tauschen gesucht. Beser,** Möbeltransp., **Delitzscherstraße 9.**

Klappsportwagen

zu verkaufen. 4444 **Bachmann, Thomasiusstr. 47 II**

Landwohnung

Stube, Kammer, Küche, Stallung usw., bei Corderha (für Leinenarbeiter sehr gut geeignet, da gute Zugverbindung) gegen gleiche od. größere Wohnung in Halle zu tauschen gesucht. **Beser,** Möbeltransport, Delitzscherst. 9. 4451

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211206-19/fragment/page=0005

Leben • Wissen • Kunst

Springforums Himmel- und Höllenfahrt

Ein Märchen von Auguste Freundlich.

Zur Erklärung: Der Bezirk Hessen-Waldeck plante eine Werbewoche für das hungernde Rußland. Der Regierungspräsident Springforum lehnte jedoch den Antrag der Kommunistischen Partei auf Genehmigung einer Sammlung für die russischen Kinder mit den fadenscheinigsten Gründen ab. Dieser Vorfall inspirierte einen Genossen, die hier folgende feine Satire, deren Form zweifellos besonders den bibelfesten Genossen gefällt. D. Red.

Ueber dem Hause der Produktiv-Genossenschaft in Halle lag nächtliches Dunkel. Die Rotationsmaschinen summten nicht mehr. Die letzten Exemplare des „Klassenkampf" waren zur Post gebracht. Die Setzer hatten ihre Typen zusammengepackt, und dunkel und still war es nun im Hause der Arbeit, das Jenaisch abliegt von der Kraft und Zielbewußtheit des sächsischen Volkes in Mitteldeutschland. Die steinernen Treppen waren eingeschlafen, da keine eiligen Füße mehr auf und ab liefen. Die Sowjetsterne im Glasfenster der Eingangstür leuchteten verträumt im bleichen Schein einer Straßenlaterne wie kostbare Edelsteine in der Farbe des Blutes. Nur aus einem Zimmer des Hauses drang ein seltsamer Schimmer, obwohl auch hier die aufsichtführende Genossin sorgfältig das elektrische Licht ausgeknipst hatte. Es war die Nähstube der Rußlandhilfe, ein Zimmer, in welchem proletarische Männer und Frauen nach ihrem acht-, oft neun- oder zehnstündigem Arbeitstag für die unglücklichen Brüder in Rußland arbeiteten. Obwohl kein menschliches Lebewesen zu sehen war, wisperte und knisterte es im Zimmer, besonders dort, wo die letzten fertiggepackten schweren Holzkisten standen, die nach Stettin abgehen sollten, um von dort mit dem Dampfer nach Rußland zu reisen. Die Deckel waren aufgesprungen, und alle Gaben, welche sorgende Hände in die Kisten gelegt hatten, kamen hervor und nickten sich freundlich zu: die derben Schaftstiefel mit den neuen Sohlen, die festen Jungenschuhe mit den hanfenen Schnürbändern, die wollenen Kinderstrümpfchen, denen himmelblaue Schleifen aufgenäht waren, die warmen Hemden, die samtenen Kinderhosen aus einem alten Mantel geschnitten, die sorgfältig geflickten Arbeitsanzüge, die Handschuhe, das Werkzeug. Jeder dieser Gegenstände war umflossen von einem leuchtenden Flammenschein. Das war die Liebe, mit welcher Brüder und Schwestern sie für notleidende Brüder und Schwestern angefertigt hatten. Kein noch so unscheinbarer Gegenstand, aus dem, sein Aeußeres verschönend, die Flamme nicht gelenchtet hätte.

Das Summen und Wispern im Zimmer wurde jetzt übertönt durch die etwas heisere Stimme einer alten Kaffeemühle, die ein Genosse wieder auf den Schwung gebracht hatte:

„Habt ihr das kleine Mädchen gesehen, die Käte, die ihre eigene Kinderwäsche brachte und ihre Lieblingspuppe?"

„Das ist doch noch gar nichts," sagte ein Paket Hohenlohescher Haferflocken, „aber die Jungens erst, die heute den Zucker brachten, den sie sich vom Munde abgespart, bis ein ganzes Pfund beisammen war, um es den russischen Jungens zu schicken!"

„Und das Mütterchen," schnurrte eine Nähmaschine, „das alte Mütterchen, das mich mühsam herschleppte und sich obendrein noch bedankte, weil die Genossen ihr die Ehre antaten, mich zu nehmen!"

„Ueberhaupt!" dröhnte ein Hammer, der einen neuen Stiel bekommen hatte, „alle diese Menschen, die hier sitzen und für die russischen Brüder arbeiten, im ungeheizten Zimmer, um auch noch die Kohlen zu sparen, — was soll man zu solcher Aufopferung sagen?! . . ."

Die Flammen leuchteten immer stärker, bis das Zimmer von übirdischem Glanze ganz erfüllt war. Ein Flämmchen auf einem weichen Kinderhemdchen glühte leise:

„Wenn doch überall die Flammen der Liebe brennen würden, müßte endlich Kälte, Dunkel und Hunger aus der Welt weichen."

„Dann würde Friede auf Erden sein und allen Menschen ein Wohlgefallen!" fuhr die große starke Flamme fort, die auf der Gabe der alten Frau brannte.

„Man sollte eine von uns hinaussenden in die Welt, damit die Menschen endlich zur Vernunft kämen, wie ich zur Vernunft gekommen bin!" rief ein Paar Frauenstiefel, denen ein Genosse die spitzen, hohen Absätze genommen hatte. „Hinaus in die Welt zu den finsteren Menschen, und die Kinderflamme müßte es sein! Kein Mensch wird einem Kinde sein Herz verschließen können!"

„Wo zu bereit?" fragte feierlich starrend ein Schaftstiefel.

„Ich bin's!" sagte leise die zarte Flamme und schwebte von dem Kinderhemdchen auf. Ein Schlüsselbund klirrte. Der Nachtwächter kam. All das Gelichter packte sich schnell in die Kisten zurück. Aber in reinem ruhigen Lichte brennend, wanderte die Flamme der Liebe tapfer in die Welt hinaus.

Die Flamme der Liebe hatte eine harte Mission: Die Herzen der Menschen waren von einer Eiskruste umgeben und tauten nur langsam auf. Doch unermüdlich leuchtete die Flamme und kam auch in die hohe Feldstadt Kobel. Hier wohnten Menschen von seltsamer Gemütsart. Wenn sie beispielsweise einen Ertrinkenden sahen, so fragten sie erst: „Welcher Partei gehörst du an? Bist du konservativ, national, deutschvölkisch, so rette ich dich. Bist du aber ein Linker, oder gar ein Russe, also der leibhaftige Teufel, so lasse ich dich ertrinken!" Ja, ja, sie wußten zu unterscheiden. Es waren eben Scheidemänner. Die Flamme der Liebe konnte ihre Herzen nicht auftauen, und manchmal glaubte sie, erlöschen zu müssen. Trotzdem wuchs sie von Tag zu Tag, leuchtete immer stärker, heißer und reiner. Und die wenigen Menschen, die ihre Strahlen zu sich einließen, wurden hingerissen zu brüderlicher Tat. Sie beschlossen, gleich den Treuen, von deren Hause die Flamme ausgewandert war, mitzuschaffen an dem Werk der Liebe: Leben und Wärme ins Hungerland zu saubern.

Ein Genosse schrieb einen flammenden Aufruf: „Sind wir Menschen? Haben wir eine Religion? So wißt: Religion ist das ungeschriebene Gesetz des Menschen, der sich verschwendet!"

Und er brachte die Bitte zu dem Hilfswerk einem Manne, der sich aus dem deutschen Revolutionsjahr glücklich in Sicherheit zu bringen verstanden hatte, dem Regierungspräsidenten Springforum. Die Flamme der Liebe begleitete sein Gesuch, betrat das Regierungsgebäude und wartete, wie alle Bittenden bei den Behörden warten müssen. Das ist eben so der Brauch. In den wohlgeheizten Vorzimmern saßen die Aktenwürmer vor ihren Tintenfässern und schrieben. Einer fuhr die Flamme an:

„Was bringen Sie? — Ach so! Wieder diese gottverdammten Kommunisten! Na — wenn Sie es riskieren wollen — dort hinein!"

Ein anderes Gebäude. Wieder ein Aktenwurm. Noch ein Wurm. Endlich das Allerheiligste. Trauie Wärme. Das Gefühl des Behaglichseins, welches die Geheimratssessel 15 gewährleistet. Der Allmächtige nahm das Blatt. Los. Nahm die Feder. Abgelehnt. Mit Rücksicht auf die Not im eigenen Lande. (Für die allerdings unendlich viel zu tun gibt!) Abgelehnt, weil es Rußland galt, dem Lande Tolstois, der das Evangelium lebte. Die Flamme zuckte zusammen: der kalte Eishauch aus dem Herzen des Beamten hatte sie getroffen. Doch rasch leuchtete sie wieder in alter Kraft, brannte sich in seine Augen und fuhr sengend durch das verkrustete Herz. Jäh schoß alle Kleinlichkeit, Gehässigkeit, aller Standesdünkel, alle Diebloigkeit, alle Menschenferne und Menschenfeindschaft wie ein giftiger Strahl daraus hervor und wie ein furchtbar fressendes Gas auf die Flamme der Nächstenliebe zu. Gott und Teufel, Himmel und Hölle, Liebe und Haß standen sich einen Augenblick gegenüber. Diesem ungeheuren Kampfe war der Altenmensch nicht gewachsen: „Gehirnschlag!" sagten die zehn herbeigerufenen Aerzte, und das teuflische Gas zog langsam ab über die Stadt hin wie eine schwefelgelbe Gewitterwolke.

Der gewaltige Springforum war also gestorben. Sanft im Herrn entschlafen. Die Tintenfässer der städtischen Behörden liefen vor Trauer über. Die Federhalter klckften schwere Tränen. Die Bureaudiener trugen Trauer unter ihren Fingernägeln. Das Wohnungsamt schloß drei Tage, sodaß die Siebenzimmerwohnung in der Hohenzollernstraße, die seit acht Wochen leer stand, noch länger für einen Schieber aufgehoben werden konnte. Die Zeitungen erschienen mit Trauerrändern, und im Staatstheater wurde, der traurigen Bedeutung des Tages entsprechend, das Trauerspiel: „Als er noch im Fliegenkleide" aufgeführt. Ein endloser Trauerzug bewegte sich durch die Straßen. Sämtliche Ober-, Mittel- und Unterlehrerinnen, sämtliche Ober-, Mittel- und Unterstudienräte, alle öffentlichen Bedürfnisanstaltsaufsichtshilfsanwärter nebst Gattinnen, alle, alle waren traurig erschienen als zu einer traurigen Unterbrechung ihrer aufreibenden Tätigkeit. Sechs Geistliche aller Schattierungen redeten, zu Hause, am Grabe, in der Kapelle, an der Trauerkutsche über das schöne Thema: „Und ihre Werke folgen ihnen nach." Die Liedertafel und der Arbeitergesangverein trugen mit trauriger Stimme, von Herrn Kahse dirigiert, das herzbewegende Lied vor: „Was Gott tut, das ist wohlgetan." Und alle weinten und schneuzten in die schwarzen Taschentücher.

(Schluß folgt.)

Brahmanische Erzählung

Von Friedrich Rückert

Ein Beitrag zur Forderung der Einheitsfront.

Den Hauptmann sah ich jüngst ein buntes Kriegsheer mustern,
Zusammen war's gesetzt aus Webern, Schneidern, Schustern.

Doch täte weniger der Lappen und der Kappen
Ungleichheit, wenn der Sinn nur besser wollte klappen.

Als endlich fadenweis entwickelt war der Knäuel,
Erscholl das Wort: Halb links! da war's zu sehn, ein Greuel,

Wie sich die einen mit der rechten Schulter schwenkten,
Sich auf der rechten Ferse herum die andern lenkten.

Sie faßten doppelt nur des Wortes Doppelsinn;
War beides doch halb links, halb linksher, halb linkshin.

Doch seltsam schauten sich entgegen Kopf an Kopf,
Die einen mit der Stirn, die andern mit dem Zopf.

Sodaß der Hauptmann sich nicht anders helfen konnte:
Schnell ließ er allesamt nur wieder machen Fronte.

Vom schlimmen Ausgang nun des Besseren belehrt,
Rief er nicht mehr: Halb links! er rief: Ganz links um kehrt!

Ob ein'ge wieder nun die rechte Schulter schwenkten,
Und andere herum die rechte Ferse lenkten,

Am Ende, wie sie auch herumgebracht die Glieder,
Die Köpfe standen doch nach einer Richtung wieder;

Und schreiten konnten sie zugleich nach einem Ziel,
Wie es dem Hauptmann, der sie lenkte, wohlgefiel.

Ich ließ sie ziehn, und nahm von ihnen die Belehrung:
Halbumkehr hilft uns nicht, uns hilft nur Ganzbekehrung.

Nicht Umschwung halb und halb, ein ganzer tut euch not;
Mannschaft und Hauptmannschaft, begreift das Hauptgebot!

Verkehrt ist eu'r Verkehr; und eures Vorigsechts
Umkehrung weiß nicht mehr, was links ist oder rechts.

Rechts oder links ist eins: nur Rücken und Gesichte
Herum mit einem Ruck, gekehrt nach neuer Richte!

(Aus Nr. 30 der „Weltliteratur": Indien.)

Die Gärtnerin und die Steineklopfer

Eine Fabel von H. Leid

Es war einmal eine Gärtnerin. Sie grub fleißig Erde, jätete Steine und Unkraut, sammelte und verbarg diese, zog Heilpflanzen und Edelfrüchte aus allen Ländern, Andere zu laben, und pflegte ihren Garten Tag und Nacht. Das brachte ihr soviel ein, daß sie jede Woche zweimal sich jatlessen konnte, aber sie war's zufrieden; denn vieler Menschen Freude segnete ihre Arbeit, und ihr Geist sang, wenn ihr Magen knurrte. Das ging so eine gute Zeit. Dann verfiel sie in Zwiespalt, und die Früchte half konnte sich selbst nicht helfen. Sie wurde unfroher von Tag zu Tag und starb einen schnellen Tod. Und das kam so:

Da waren Steineklopfer, die, wenn ihnen irgendwie ein kleiner Stein besonders gut gefiel, ihn unbedingt aufsehen und bei Gelegenheit über die Gartenhecke werfen mußten. Sie dachten sich wenig dabei. Wenn sie sich viel dachten, so war es: „Vielleicht hilft dieser Stein der Gärtnerin Wege pflastern!" Sie nannten das Mitarbeit und waren stolz darauf. Und so warfen sie ihre Steine, ganz gleich, ob diese der Gärtnerin auf den Kopf fielen oder ihren Garten zerstörten.

Unter solchen Steineklopfern lebte die Gärtnerin. Und keiner wußte vom andern. Jeder glaubte, er allein werfe seine Steine, und der könne unmöglich großen Schaden anrichten. Da hatte die Gärtnerin soviel zu tun, um ihren Kopf und ihren Garten von Steinen zu säubern, daß sie keine Stunde Ruhe mehr fand. Sie wußte nicht, was vorzuziehen war: Steine im Kopf oder Steine im Garten? Sie liebte ihren Garten so sehr, daß sie immer wieder ihren Kopf hinhielt, damit nur ihr Garten schön und fruchtbar blieb. Es half nichts, daß sie sagte:

„Habt doch ein Einsehen! Werft nicht! Werft nicht! Werft nicht! Jeder Stein trifft meinen Kopf. Zerschlägt mein Gehirn. Ich lasse keinen Stein in meinem Garten. Ist hier ein Schutthaufen? Bin ich eine Trödelsammlerin? Habt doch ein Einsehen! Werft nicht! Wenn ich Steine brauche, um Wege anzulegen, so hole ich mir schon welche. Ich habe eine ganze Sammlung. Dergleichen bekomme ich überall. Aber werft nicht! Werft nicht!"

Weil jedoch kein Steinklopfer vom Anderen wußte, dachte jeder: „Wie diese Frau doch immer gleich übertreibt! Nun gerade!" Und so warfen sie ihre Steine ruhig weiter, jeder den seinen, der ihm gerade zur Hand lag. Und als die Gärtnerin im Innersten verwundet niederstürzte, und noch in halber Bewußtlosigkeit den geliebten Garten mit ihrem Leibe deckte, zuckte jeder die Achseln und sagte:

„So ein verbohrtes, eigensinniges Frauenzimmer! Das hat sie nun davon! Mußte sie ihren Kopf hinhalten? Konnte sie mir nicht den Garten freigeben? Als ob ein so kleiner Stein wie meiner dem groß geschadet hätte! Er war doch so hübsch handlich und klein. Echte Massenware! Was wehrt sie sich? Purer Eigensinn!"

Und jeder ließ die Gärtnerin liegen, zuckte noch einmal die Achseln, steckte sich eine Zigarre an und sagte, während blauer Dunst ihn lieblich umnebelte und seinen Geist in süße Ruhe wiegte:

„Es geht nichts über die Gemütlichkeit! Gemütlichkeit muß sein!"

Das ist die Fabel von der Gärtnerin und den Steineklopfern. Nicht wahr, Freunde und Genossen, Ihr kennt sie alle? Aber — was weiß ein Mensch vom andern?

Klassenjustiz

(Schluß.)

Der Arbeiter-Hochverräter wird dem Richter zugeführt: Untersuchungshaft! Vielerorts gewürzt mit allen Schikanen. Der Revolutionär flieht immer.

Der Arbeitgeber-Hochverräter — wirklich mal angenommen — wird dem Richter vorgestellt. Lächelnd legt er Geld auf den Tisch, Kaution genannt, und die Freiheit hat ihn wieder. Der Reaktionär flieht nie.

Klassenjustiz!

Des Arbeiter-Hochverräters Verfahren geht hurtig vonstatten. Aus dem Gefängnis in den Gerichtssaal, aus dem Gerichtssaal ins Gefängnis in ununterbrochener, tadellos funktionierender Folge.

Und der Arbeitgeber-Hochverräter — phantasieren wir einmal dieserhalb —? Sobald die Anklage gegen ihn erhoben, undistiert sich sein Gemüt. Seine Ruhe ist hin, sein Herz wird schwer. Kinderkrankheiten werfen ihren Schatten nach. Ein Sanatorium nimmt den Armen auf. Medizinische Kapazitäten bekunden, daß der Gequälte nicht vernehmungsfähig ist. Eine Verhandlung würde seinen Organismus zerrütten. Der Tod wäre gewiß. (Siehe Fürst Philipp zu Eulenburg.) Das Verfahren wird vorläufig eingestellt. Man erkundigt sich nach einem Jahre. Der Patient, dem Sanatorium entsprungen, taucht kurz vor der Nachfrage dort wieder auf. Unverändert ist das Schlimmste zu fürchten. Man wartet, wartet. Schließlich fragt die Landtagslinke einmal an. Freundlich achselzuckend bedauert der Justizminister seine Unzuständigkeit: der Reichsjustizminister ist der Mann. Im Reichstag wird angefragt. Freundlich bedauernd gesteht der Reichsjustizminister, daß die Sache leider seiner Kompetenz entzogen sei. Die habe das hohe Reichsgericht, und das sei unabhängig. Anfragen aber möge er gern. Nach Zeiten auf Mahnung eine Antwort: Entscheidung stände bevor. Nach langen, längeren Zeiten nochmals Anfrage! Es müssen noch einige Schwierigkeiten behoben werden. Dann aber . . . Und man wartet und je mehr man wartet, umso weniger wartet man, bis man schließlich nicht mehr wartet.

Klassenjustiz!

*

Der Arbeiter harrt des Urteils. Selbstverständlich liegt ehrlose Gesinnung vor: Zuchthaus — vielleicht Gefängnis.

Der Arbeitgeber, nehmen wir mal den unmöglichen Fall, hört seinen Spruch!

Selbstverständlich haben nur reine ideale Motive ihn geleitet: etwas Festung.

Klassenjustiz! Jetzt trifft der Richter. Rechtsbeugung? Wer wollte das behaupten? Ist nicht wirklich der Kommunismus, der Bolschewismus der Fluch der Zeit? Ist es nicht etwas Heiliges um den nationalen Eifer? Die Stimme des Richters durchzittert innerste lautere Ueberzeugung. Verweilen wir noch! Ehre ist ein kostbares Gut. Durch die Zeitungen ging eine Erinnerung: Ein Berliner Schlosser äußert in einer erregten Stunde vor der Wahl — Wilhelm war noch da — „Den Polizeipräsidenten von Jagow soll der Teufel holen". Der Richter erkannte vier Monate als angemessene Sühne. Ein Abgeordneter der Linken wird des Riesenschiebens und Betrugs bezichtet: Der Richter erkannte 100 Mk. als angemessene Sühne für den beleidigenden Schwindel. Jetzt, wo Minister der Linken die Regierung zieren, kann man sich die ungeheuerlichsten Ministerbeleidigungen für 50 Mk. leisten. Noch ein Fall ging durch die Blätter. Ein schlesischer Rittergutsbesitzer illustrierte einen Angestellten des Landarbeiterverbandes als „Kinkerlitzchen, rausgeschmissenen Schwocher, Heger usw." Drei Instanzen sprachen ihn frei mit der Begründung, solche Ausdrücke seien in der derben Sprache der ländlichen Bevölkerung üblich. Wie hätten diese Gerichte aber geurteilt, wenn umgekehrt der Gewerkschaftsangestellte den Rittergutsbesitzer mit solchen Ausdrücken belegt hätte.

Und doch bringe mir einer den Richter, der nicht schwöre, daß die Göttin mit den verbundenen Augen und der unverfälschten Wage sein leuchtendes Vorbild sei!

*

Der Arbeiter-Hochverräter sitzt im Zuchthaus oder Gefängnis. Entnervende Ruhe, Gedrücktheit quälen ihn wahnsinnig. Eine Kriegsverletzung macht sich unangenehm bemerkbar. Der Gefängnisarzt zuckt die Achseln. Kaltlächelnd sendet der Staatsanwalt seine Gesuche um Aussetzung zurück.

Der Arbeitgeber-Hochverräter auf Festung oder im — nehmen wir das Unmögliche als möglich an — Gefängnis. Gefängnispsychose stellt sich ein. Starke Depression. Angehörige und Aerzte arbeiten. Der Staatsanwalt mitleidgerührt öffnet die Gefängnistore für Wochen und Monate (Ottwig von Hirschfeld).

Klassenjustiz in der Vollstreckung.

Man stelle nur Ottwig von Hirschfeld, den unreifen Fähnrich, neben Ernst Toller, einen der größten Dichter Deutschlands.

Dieser, der Revolutionär, sitzt in Zitadellen wie hinter Gefängnismauern. Die Schwindsucht durchwühlt den Körper, der die trübtiefschwere Dichterseele birgt. Unerbittlich drückt und zerdrückt ihn der Staatsanwalt hinter finstere Mauern.

Der Fähnrich aber wird sorglam gehütet. Trotz Gefängnisstrafe genoß er ungehindert ausgiebige Sommerferien in voller Freiheit.

*

Die Klassenjustiz ist unlösbar verbunden mit der Klassengesellschaft. Sie wird erst verschwinden, wenn durch die soziale Revolution die Klassen beseitigt sind. Dann erst werden all die furchtbaren Ungerechtigkeiten und schreienden Widersprüche der Weißen Justiz unmöglich gemacht. Bis dahin gilt es, durch unermüdliches Hinausschreien und Brandmarken die bürgerliche Heuchlerphrase „Gerechtigkeit" zu entwerten und durch zähen Widerstand wenigstens die ärgsten Mißstände der Klassenjustiz zu beseitigen. —z—

Bismarck: Erinnerung und Gedanke.

Seit rund drei Jahren spuken sie*) umher, um endlich den Strom der politischen Memoirenliteratur zu verstärken; und doch bringt das Buch schließlich nichts Neues. Alles, was um die Entlassung des alten Hausmeisters Wilhelms I. herum gelagt und geschrieben ist, wird durch diese Blätter nur bestätigt. Das Proletariat aber weiß seit langem, daß Bismarck sein erbitterter Feind war. Er macht in dieser Hinsicht auch in den „Erinnerungen" aus seinem Herzen keine Mördergrube, gibt sich als strikter Durchhalter im Ausnahmegesetz, der auch das verzweifelte Mittel der Verbannung gegen Sozialisten anwenden möchte, um so schließlich seinen eigenen Satz zu vergessen: „Mit Bajonetten kann man alles machen, nur nicht darauf sitzen." So kann man das Buch, dessen erste Auflage von 200 000 Exemplaren inzwischen vergriffen ist, ruhig dem sensationslüsternen Publikum überlassen. Es wird darin das Scheinbild des Gottesgnadentums unbarmherzig entschleiert finden, denn die Charakteristik, die Bismarck von den verschiedenen preußischen Herrschern gibt, ist wahrhaft köstlich. Gleichfalls wird das Streben tum in den höheren Beamtenkreisen an der Hand der Tatsachen bengalisch beleuchtet. Höfische Rangordnung und aller möglichen ähnliche Klimbim ist nach den Aufzeichnungen des spottlustigen Alten nur zu oft die Triebfeder zum Ministerwechsel usw. gewesen. Menschliches, allzu Menschliches tritt uns im Inhalt des Buches entgegen, das durch ein Personen- und Sachregister auch den Bedürfnissen des eiligen Lesers entgegenkommt. E. Drahn.

*) Bismarck, Fürst Otto v., Erinnerung und Gedanke. (207 Seiten.) J. G. Cottasche Verlagsbuchhandlung Nachfolger, Stuttgart und Berlin. 24 Mark.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019211206-19/fragment/page=0006